

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Der zweite Parteiputsch

Offenbar gibt es in der PDS eine „fünfte Kolonne“, die immer dann blockierend eingreift, wenn die realen Möglichkeiten der Partei zunehmen, als sozialistische Kraft in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen. Angesichts des Debakels der Politik Schröders, dessen Regierung jeden Tag neue Offenbarungseide leistet und vom vielgepriesenen „Sozialstaat“ der BRD keinen Stein auf dem anderen läßt, besteht objektiv eine Situation, in der die PDS mehr denn je gefordert wäre. Eine zielklare sozialistische Partei, die auf den Firlefanz ohnmächtiger Regierungsbeteiligung auf Landesebene verzichtet und zur wirklichen Systemopposition wird, ist ein Erfordernis der Zeit. Eine Partei, die gegen den Kapitalismus Front macht. Niemals seit 1990 waren die Chancen für eine PDS, die solche Prioritäten setzte, so groß wie heute. Der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Regierung steht das Wasser am Hals. Jeder Schritt der Schröder, Clement, Eichel und Schmidt ist ein weiterer Schritt auf der abschüssigen Bahn ins soziale Aus.

Doch was tut sich bei der PDS? Sie bietet keine Alternative an, sondern befindet sich gerade wieder einmal in einer ihrer inszenierten und inzwischen zur Serie gewordenen Krisen. Sie durchlebt den lähmenden Putsch des sogenannten Küchenkabinetts aus Veteranen des rechten Parteiflügels. Das ND ist dabei zur Klammern geworden. Ausgerechnet Gregor Gysi, ein Meister des Metiers, beschwert sich dort am 8. Mai 2003 über „Scharlatanerie und Schaumschlägerei“ von Dehm und Hiks. Auf die Frage, worin diese denn konkret bestehe, wirft er Dehm u. a. vor, im badischen Lörrach für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert zu haben. Die dort errungenen 17,6 Prozent zählten nicht. Alles sei reine Spielerei gewesen. So als spreche er mit sich selbst, redet Gysi von „Theatralischem“ und einem „Zug zum Peinlichen“. Dehm und Hiks – zum linken Parteiflügel gezählt und auf der Abschußliste des Küchenkabinetts – seien „eiserne Machtaktiker“, moniert der versierte Trickser. Anfang der 90er Jahre hatte er seinen Standort durch die Bemerkung ausgeleuchtet, er sei „nur in zwei Fragen vom Marxismus weg: bei Macht und Eigentum“. Mit anderen Worten: in allem, was die Substanz der Marxschen Lehre ausmacht. So hat die als Krise bezeichnete Auseinandersetzung in der PDS ernste politische und ideologische Hintergründe. Was da als Personenka-

und Zurschaustellen von wechselseitigen Antipathien erscheint, ist in Wirklichkeit ein tiefer inhaltlicher Konflikt zwischen echten Sozialisten und auf die Seite der Herrschenden Übergelaufenen.

Nach dem Geraer Parteitag, auf dem sich Gabi Zimmer kurzfristig in die „linke Ecke“ geflüchtet hatte, war in der PDS ein gewisser Optimismus aufgekeimt. Viele hatten gehofft, die Partei werde sich endlich „fangen“ und der Zimmer-Parole „Keinen Frieden mit dieser Gesellschaft!“ Rechnung tragen. Doch dann rührte die Parteivorsitzende, die ihren alten Platz an der Seite der Bries, Gysis und Biskys wieder eingenommen hatte, verstärkt die Programmtrommel. Noch vor dem Programmparteitag im Oktober wollte sie die PDS auf den überarbeiteten Entwurf, dessen DDR-feindliche Passagen sogar noch prononciert worden sind, festlegen.

Dafür gab es jedoch ein Hindernis: Der in Gera gewählte Parteivorstand bot mehrheitlich nicht die Gewähr, den Programmparteitag mit dem gewünschten Resultat abzuschließen. Als Gabi Zimmer in diesem Gremium schließlich in die Minderheit geriet, entschieden sich die Rechten, „reinen Tisch“ zu machen. Sie lösten den zweiten Parteiputsch aus, indem sie statutenwidrig eine aus den ostdeutschen Landesvorsitzenden bestehende parallele Leitung schufen. Diese entmachtete den Parteivorstand. Die Erfahrungen des Küchenkabinetts vom ersten Parteiputsch im November/Dezember 1989 wurden also genutzt.

Ohne Zweifel: Es muß in der PDS eine „fünfte Kolonne“ bestehen, die diese potentiell so wichtige linke Partei systematisch daran hindert, jene oppositionelle Rolle zu übernehmen, für die sich Teile ihrer Basis seit Jahr und Tag aufopferungsvoll engagieren. Eine PDS nämlich, die lediglich als sozial verbrämte Hilfstruppe der Herrschenden agiert, wäre gesellschaftlich überflüssig.

Auf ihrem Sonderparteitag in Berlin, den die PDS-Rechte zur Bartholomäusnacht für den linken Flügel um Hiks und Dehm machen will, stehen die Sozialisten am Scheideweg: Sie können ihre Chance nutzen und zu einer einflußreicheren Kraft im linken Spektrum der Gesellschaft werden oder Kopf und Kragen verlieren.

Was uns betrifft, so werden wir weiterhin für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage wirken und allen eine politische Heimat bieten, die das gleiche wollen. **Klaus Steiniger**



### INHALT

SPD: Spiel mit dem Feuer	S. 2
Angst im Alter? Renten im Absturz	S. 3
Marxismus nicht entsorgen!	S. 4
Die PDS am Kreuzweg	S. 5
Zur Staatstheorie-Debatte	S. 6
„Linker“ Senf	S. 6
Eppelmann als Nachgestalter	S. 7
Schlag gegen Geschichtsklitterer	S. 8
Literarische Munition	S. 9
DDR-Strafrecht:	
Prävention als Prinzip	S.10
Das „Fünf-Broschüren-Urteil“	S.11
Kein Himbeereis	S.12
Ein LPG-Vorsitzender erzählt	S.13
Helden aus Leipzig	S.14
Wie deutsche Ärzte zur Judenjagd bliesen	S.15
Zur Rolle des Gruppeneigentums	S.16
DKP-Wahlerfolg in Reinheim	S.16
Revanchistenorden für Schily	S.16
Kindergärten in der DDR	S.17
Iraks KP eroberte Legalität	S.18
Kein Ruhmesblatt	S.18
Schwarzer Peter für Abbas	S.19
KP der USA: Hände weg von Kuba!	S.20
Zum Beispiel Louisiana	S.20
George Bushs „hoher IQ“	S.20
Leninisten in der FKP: Keine Versöhnung mit Versöhnlern	S.21
Wohin steuert die CGT?	S.21
Wie Volkspolen ausverkauft wurde	S.22
SARS bedroht VR China	S.23
Ein umstrittener Film	S.24
„RotFuchs“-Heger in Thüringen	S.24
Die Saga von Klaus und Sonja	S.25
Bewegendes Buch Erik Neutschs	S.25
Flucht aus der Mausefalle	S.26
In Weimar erlebt	S.27
¡Presente!	S.28
Leserbriefe	S.29
Termine & Anzeigen	S.32

## Wer in der SPD mit dem Feuer spielt

Was im Herbst 2002 noch unglaublich schien, wird heute immer mehr Wirklichkeit. Nach nur neun Monaten Amtszeit kredenzen SPD und Grüne den „kleinen Leuten“ mit ihrer „Agenda 2010“ das genaue Gegenteil dessen, was sie ihnen zur Bundestagswahl versprochen hatten. Daß sich die Mehrheit der Deutschen gegen Bushs Irak-Krieg wandte und damit auch die ablehnende Haltung der Bundesregierung zu direkter Beteiligung an dieser Aggression stützte, soll jetzt offensichtlich als Blankoscheck für die Innenpolitik der rot-grünen Koalition genutzt werden. Was die Zweifler an Schröders Politik schon länger befürchteten, hat er gelassen ausgeplaudert: „Der Emanzipationsprozeß nach außen muß im Innern durch Reformmaßnahmen ... ergänzt werden.“ Das hört sich nicht nur wie eine Kriegserklärung gegen das eigene Volk an, es ist auch eine. Nach der noch ungebremsten deutschen Teilnahme am vom Pentagon dirigierten Jugoslawienfeldzug der NATO scheint von den Regierenden vor allem deshalb auf eine Unterstützung des USA-Überfalls auf Irak verzichtet worden zu sein, um im eigenen Land freie Hand zu bekommen. Der Feldzug für einen bisher beispiellosen Sozialabbau richtet sich nämlich gegen die gleiche Mehrheit der Bevölkerung, die den Regierenden eben noch Rückhalt gab. Mit dem Massenprotest der Deutschen gegen den Irak-Krieg, an dem sogar Kabinettsmitglieder pro forma teilnahmen, konnte sich Schröder vor aller Welt moralisch schmücken und zugleich den Eindruck massiver Unterstützung im eigenen Land erwecken. Nun soll der SPD und ihrer Wählerschaft auch die Zustimmung für tiefe Einschnitte in die Sozialsysteme abgepreßt werden.

Es klingt wie bitterer Hohn, wenn der Kanzler die „Rechte und Pflichten“ der fast fünf Millionen Bundesbürger ohne Arbeit durch rigorose Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Reduzierung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau „in ein neues Gleichgewicht“ bringen will. Nicht minder zynisch ist es, die Arbeitsplatzbesitzer durch Lockerung

des Kündigungsschutzes und Verlängerung der Lebensarbeitszeit „zu disziplinieren“. Die geplante „Nachjustierung“ der Renten, die beabsichtigte Erhebung von Eintrittsgeld bei Arztbesuchen, die „Privatisierung“ des Krankengeldes und die Abschaffung des Sterbegeldes – das alles zusammen kennzeichnet nach DGB-Chef Sommer nur eines: „Weniger Netto für Arbeitnehmer und Milliardenentlastung für die Arbeitgeber.“ Ungeschoren bleiben bei dem geplanten Sozialmassaker der rot-grünen Regierung nur die Großen in der Wirtschaft, parasitärer Reichtum und Spitzenverdiener. Politiker, Minister, hohe Beamte und postengeile Sonderbeauftragte, die in den Kommissionen eifrig an jener Agenda werkeln, werden davon auf Lebenszeit kaum berührt. Auch der scheinheilige Hinweis auf den angeblichen Schutz der „Mittelständler“ und Selbständigen zielt auf Täuschung; denn während der Pleitegeier allein im letzten Jahr mehr als 40 000 ihrer Unternehmen heimsuchte, erhöht sich die Anzahl deutscher Millionäre und Milliardäre weiter. Doch kein Sozialdemokrat oder Grüner aus Schröders Kabinett ist bereit, von den Superreichen einen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben einzufordern. So werden allein die sozial Schwachen abgezockt. Es wird um Ruhe gebeten, die alte Dame Sozialdemokratie gebärt einen CDU-Balg.

Die enormen Defizite im Staatshaushalt haben übrigens nur eine fundamentale Ursache: die Allmacht des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Sie führt dazu, daß die potentielle Hauptakkumulationsquelle des Staates in den Taschen von Profitmachern versickert. Erinnerung sei an das Beispiel der Budget-Politik der DDR, die sich auf das Volkseigentum stützen konnte. All das, was Schröder als „Reform“ (Unwort des Jahres!) anbietet, ist nichts anderes, als freie Bahn für eine durch nichts mehr zu bremsende kapitalistische Gier auf Kosten der Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung zu schaffen. Die versprochene Senkung der Arbeitslosigkeit bleibt Schall und Rauch, weil sie eben nicht, wie sozialdemokratische Spitzenpolitiker ihren Wählern einzureden suchen, Ursache, sondern Folge einer dauerhaften Wachstumsschwäche in Deutschland ist. Um die „Reservearmee“ von der Straße zu bringen, bedarf es nicht des staatlich sanktionierten Taschendiebstahls bei Arbeitenden und an

den Rand Gedrängten, sondern zwingender Entscheidungen zu mehr privaten und öffentlichen Investitionen, zur Stärkung des Massenkonsums, zu regionaler Wirtschaftsförderung, zu einer die wirklichen Reserven aufdeckenden ökonomischen und monetären Politik. Statt dessen bedient die Bundesregierung ausschließlich Unternehmerinteressen. Die Kritik an ihrem Sozialverrat wird mit kalter Schulter und einer zum Himmel schreienden Arroganz der Macht abgetan. In Neu-Anspach beleidigte Schröder auf der Maikundgebung die mit Pfiffen gegen seine Politik protestierenden Gewerkschafter. Sie hätten „zwar volle Backen, aber nur wenig im Kopf“. Sein sogenannter Superminister Clement drohte in Gelsenkirchen den seine Rede durch laute „Hör auf!“-Rufe unterbrechenden Demonstranten mit dem Satz: „Wenn ich aufhöre, dann geht es Ihnen um einiges schlechter!“

Die „Union“ indes, die eine noch härtere Gangart befürwortet, ist's zufrieden. Sie möchte die unpopulärsten Forderungen ihrer eigenen „Sofort-Agenda“ von der SPD durchsetzen lassen, um erst nach noch totaler Diskreditierung der Schröder-Partei selbst wieder die Zügel zu übernehmen. Auch die Hundts und Rogowskis halten sich mit Kritik zurück und feuern Schröder an.

Dessen Stern ist weiter im Sinken. Der Vertrauensvorschuß für den „Emanzipationsprozeß nach außen“ ist aufgebraucht. Der Feldzug, mit dem die Regierenden jetzt durch „Reformmaßnahmen nach innen“, die in mehr als hundert Jahren durch die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften erkämpften sozialen Errungenschaften abräumen wollen, hat einen auf Dauer nur schwer zu brechenden Widerstand der Betroffenen ausgelöst. Auch an der Basis der SPD brodelt es. Dafür spricht nicht nur, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratie durch ein Fähnlein von Aufrechten zu dem im Statut verankerten Mitgliederbegehren aufgerufen wurde, um Druck auf „Gerhard und seine Genossen“ auszuüben. Auch die Tatsache, daß die wichtigsten Gewerkschaften ihre Kampfbereitschaft gegen den Sozialverderb signalisieren, ist von großem Gewicht. Es steht fest, daß die Mehrheit der Bürger die Offensive im Innern ebenso entschieden ablehnt wie den Bush-Krieg gegen Irak. Nicht die sich auf das Vermächtnis der beiden Liebknechts, auf August Bebel und Rosa Luxemburg berufenden Mitglieder der SPD, die gegen die Kanzlerpläne opponieren, spielen mit dem Feuer, wie Schröder behauptet. Er selbst ist es, der mit der Durchsetzung seiner antisozialen „Agenda 2010“ einen Flächenbrand schürt und damit die Regierungsunfähigkeit seiner Partei unter dem Beifall der Reaktion um Merkel, Stoiber und Westerwelle demonstriert.

Hans-Dieter Krüger



## Angst im Alter?

5 Millionen Arbeitslose, deren Beiträge natürlich auch fast völlig ausfallen.

### Und was sind nun die speziellen Probleme der ostdeutschen Rentner?

**C. BEDNARECK:** Da gibt es etliche. Ich will zunächst auf das Übergreifende, ausnahmslos alle ostdeutschen Rentner Betreffende verweisen: Der Wert eines Rentenpunktes beträgt im Osten 22,70 Euro, im Westen jedoch 25,86 Euro. Die damit verbundene Diskriminierung wird mit allerlei demagogischen Tricks zu bemänteln versucht. Angeblich erhielten die Ostdeutschen mehr Rente als die Westdeutschen. Aber dahinter stehen ganz andere Arbeitsjahre: Die ostdeutschen Männer haben im Schnitt 46,14 Jahre gearbeitet, die westdeutschen nur 39,60. Noch gravierender ist der Unterschied bei Frauen: Hier stehen 33,54 Versicherungsjahre 25,29 gegenüber. Nimmt man nun die Rentensumme, dann ist die Bewertung des einzelnen Rentenpunktes verschwunden. Für Ostdeutsche ist die staatliche Rente in aller Regel die einzige Quelle für den Lebensunterhalt im Alter, während sich die Bezüge eines westdeutschen Rentners fast immer aus drei Quellen speisen: aus der staatlichen Rente, aus der Betriebsrente und aus privater Altersvorsorge, so daß der Anteil der staatlichen Renten in der Regel bei nur etwa 60 % liegt. Hinzu kommt, daß es in der DDR keine Beamtenpensionen gab; deren Bezieher sind mit ihren z. T. märchenhaften Alterseinkommen nicht im Rentendurchschnitt enthalten. Wer also behauptet, ostdeutsche Rentner bezögen mehr als westdeutsche, sagt bewußt die Unwahrheit. Und: Mit der Liquidierung der Zusatz- und Sondersversorgungssysteme der DDR wurden wesentliche Teile des Einkommens bei der Rentenberechnung nicht berücksichtigt, obwohl dafür nicht geringe Beiträge gezahlt wurden. Weitere „Überführungslücken“ gibt es z. B. im Gesundheitswesen, bei der Post und der Eisenbahn, die vor allem Bezieher von niedrigen Renten treffen.

**DR. E. REDDIG:** Trotzdem besteht wenig Aussicht, diese Benachteiligung in kurzer Zeit auszugleichen. Wir haben vor der letzten Bundestagswahl an beide Kanzlerkandidaten geschrieben und sie um Stellungnahmen gebeten. Die Antworten von E. Stoiber und G. Schröder stimmten überein: Solange die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten nicht angeglichen seien, so lange könnte auch die Rentenangleichung nicht vorgenommen werden. „Die Angleichung der Renten ist allein von der tatsächlichen Angleichung der Einkommen der aktiv Beschäftigten abhängig“, heißt es im Schreiben des Beauftragten von G. Schröder. Hier ist also der gemeinsame Kampf der Gewerkschaften mit den Menschenrechtsorganisationen gefordert.

**DR. E. REDDIG:** Natürlich, es stimmt schon, daß der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung ständig zunimmt: 1950 betrug er in Deutschland noch 9,7 %, bis 2000 war er auf 16,3 % gewachsen, und für 2050 wird er mit 29,5 % prognostiziert. Wenn man das so für sich sieht, könnte man auf die Schreckensbilder der Rürup & Co. schon hereinfliegen. Aber, wovon sie nicht sprechen, das ist die Produktivitätserhöhung in diesem Zeitraum. Noch nie in der menschlichen Geschichte hat sie sich in so kurzer Zeit vervielfacht – was vor allem den Großkonzernen eine entsprechende Erhöhung der Profite einbrachte. Davon etwas mehr an die Rentenkassen abzugeben, wäre nur gerecht.

### Was ist von der Sorge vor der „Überalterung“ der Bevölkerung zu halten?

**DR. E. REDDIG:** Natürlich, es stimmt schon, daß der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung ständig zunimmt: 1950 betrug er in Deutschland noch 9,7 %, bis 2000 war er auf 16,3 % gewachsen, und für 2050 wird er mit 29,5 % prognostiziert. Wenn man das so für sich sieht, könnte man auf die Schreckensbilder der Rürup & Co. schon hereinfliegen. Aber, wovon sie nicht sprechen, das ist die Produktivitätserhöhung in diesem Zeitraum. Noch nie in der menschlichen Geschichte hat sie sich in so kurzer Zeit vervielfacht – was vor allem den Großkonzernen eine entsprechende Erhöhung der Profite einbrachte. Davon etwas mehr an die Rentenkassen abzugeben, wäre nur gerecht.

**C. BEDNARECK:** Das Problem ist nicht der wachsende Anteil der Alten, sondern der sinkende Anteil der Jungen: 1950 betrug er (unter 20jährige) 30,4 % und wird sich bis 2050 halbieren. Da könnte man wirklich Angst kriegen. Das ist eine Folge der Familienpolitik der letzten 30 Jahre. Solange man nicht dafür sorgt, daß die Geburtenzahlen in Deutschland wieder steigen, solange wird das Problem bleiben. Die DDR war ein kinderfreundliches Land und hat vorgemacht, wie man einen „Babyboom“ erreichen kann. Hinzu kommen fast

### Gibt es noch weitere Benachteiligungen ostdeutscher Rentner?

**C. BEDNARECK:** Natürlich, vor allem die Strafrenten für „staatsnahe“ Mitarbeiter. Noch nie in der deutschen Geschichte ist jemand, geschweige denn sind ganze Gruppen von Menschen dafür bestraft worden, daß sie ihre tägliche Arbeit verrichteten und sich keine Straftaten zuschulden kommen ließen. Aber Mitarbeiter des MfS und Bezieher von mehr als 31 000 M der DDR Jahreseinkommen werden in Bausch und Bogen verurteilt – ohne daß jemals eine subjektive Schuld festgestellt wurde oder auch nur versucht worden wäre, sie nachzuweisen. So kommt es, daß das volle monatliche Ruhegehalt eines Hauptfeldwebels der Bundeswehr 3268,40 DM (1998) beträgt, die Rente eines Generals der NVA dagegen etwa 2000 DM, eines Generals des MfS 1200 DM.

### Nun sind doch aber durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom April 1999 die Weichen anders gestellt?

**DR. E. REDDIG:** Ja, aber nur zum Teil. Es wurde die Eigentumsgarantie des Staates für die in der DDR geleisteten Beitragszahlungen angemahnt und Bezieher von Intelligenz- und anderen Zusatzrenten der DDR erhielten z. T. ansehnliche Nachzahlungen. Das aber rief die berufsmäßigen Kalten Krieger auf den Plan. „Mehr als 750 000 Ostdeutsche gehören bereits zum privilegierten Kreis der Bezugsberechtigten“, lamentierte der „Spiegel“ in einem gehässigen Beitrag. Bei etwas mehr als zwei Millionen Rentnern insgesamt ist das immerhin ein beträchtlicher Anteil der „Privilegierten“. Für unseren stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke wird vorgerechnet, daß er nun eine Rente von 1179 Euro beziehe. Für diesen Betrag würde ein „Spiegel“-Redakteur wohl kaum eine Woche arbeiten, meinte die „junge Welt“ dazu.

**C. BEDNARECK:** Man muß doch sehen, daß es sich bei den Beziehern um alte, z. T. sehr alte Leute handelt, und die jahrelang vorenthaltenen Renten sind vorenthaltene Lebensqualität. Mit 80 oder mehr Jahren kann man auch mit 10 000 Euro Nachzahlung nicht mehr viel anfangen.

### Wie kann man die Reaktion der Menschen bewerten, die zur Rentenberaubung kommen?

**C. BEDNARECK:** Am Anfang, 1990/91, herrschte große Euphorie. Viele glaubten, nun sei die Zeit des Schlaraffenlandes angebrochen. Die baute sich aber immer mehr ab, beginnend schon 1992, als die ersten Kürzungen z. B. mit der Einführung von „Rentenabschlägen“ verkündet wurden. Inzwischen ist die Euphorie verflogen und hat Angst vor der Zukunft Platz gemacht.

## Marxismus nicht entsorgen!

Nicht zufällig wird dem überarbeiteten Programmentwurf der PDS von linken Kräften Aufmerksamkeit geschenkt. Er schildert einige systembedingte Gegebenheiten, Gebrechen und Verbrechen der kapitalistischen Welt in durchaus realistischer Weise. Das sollte als Herausforderung verstanden werden, besonders die marxistische Imperialismustheorie bis zum Programmparteitag nicht zu entsorgen, sondern prägnant mit neuen Erkenntnissen über den zeitgenössischen Imperialismus zu bereichern. Das betrifft beispielsweise die Einschätzung der Rolle des USA-Imperialismus, die sich verschärfenden Widersprüche zwischen internationalen Machtblöcken, insbesondere zwischen denen der USA und Europas, sowie daraus resultierende Konsequenzen für kommunistische und sozialistische Parteien.

Konservative „thingtanks“ („Denkfabriken“) in den USA propagieren mit dem Wohlwollen und entsprechenden Handlungsmaximen der Bush-Administration einen robusten „demokratischen“ Imperialismus. Nach ihrer Schablone sind nur jene Staaten und Staatengruppierungen demokratisch, die die Weltherrschaftspläne des USA-Machtzentrums uneingeschränkt akzeptieren, die Kompetenzen der Vereinten Nationen mehr und mehr infrage stellen und völkerrechtswidrige Präventivkriege selbst atomarer Natur befürworten.

Im Programmentwurf ist zu Recht von der Wahl zwischen „Frieden oder Barbarei“ die Rede. Aber die sich daraus ergebenden Überlegungen sollten präzisiert werden. Die enorme militärische Überlegenheit der USA ist eine nicht zu unterschätzende Tatsache. Aber ein wie auch immer geartetes europäisches Wettüben mit den USA würde dazu keine realistische Alternative darstellen. Wenn die USA inzwischen bei 4,5 % der Weltbevölkerung 25 % der globalen Erdölförderung verbrauchen, dann sind geistige und materielle Investitionen in alternative Energien ein Gebot wirtschaftlicher Sachkunde. Nicht Kriege und Umweltzerstörung, sondern Frieden und, wie Christen sagen, Bewahrung der Schöpfung sind Zukunftspfade menschlicher Vernunft.

Der Programmentwurf müßte zum Ausdruck bringen, daß die Brechung der Profitdominanz die Beseitigung der Vorherrschaft des kapitalistischen Eigentums bedingt. Der Sozialismus ist ohne revolutionäre Umwälzungen nicht zu haben.

Theoretischer Tiefgang eines künftigen Programms erfordert auch eine Diskussion über den modernen Klassenkampf im „Raubtierkapitalismus“ (ein Ausdruck von Helmut Schmidt). Der Sozialismus ist mehr als der Streit um Werte. Der Klassenkampf ist Realität. Die großbürgerliche Propaganda sucht ihn vergeblich als „traditionalistischen Ladenhüter“ abzutun. Nicht

ohne triftige Gründe ist immer häufiger vom „Klassenkampf von oben“ die Rede: Sozialabbau durch Reallohnminderung, Unterhöhlung des Kündigungsschutzes, Zweiklassen-Medizin, Reduzierung der Gewährungsdauer des Arbeitslosengeldes, Verquickung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – das sind nur einige seiner Attribute. Die „Abschaffung“ des Klassenkampfes mag Wunsch vieler Sozialreformisten sein. Doch die Wirklichkeit ist eine andere. Ansichten führender Gewerkschafter von ver.di und der IG Metall sowie Meinungsäußerungen linker Sozialdemokraten zur „Agenda 2010“ sind da ermutigend.

Auch die im Programmentwurf enthaltenen Aussagen über die DDR müssen auf den Prüfstand. Angesichts der Entwicklung im realen Kapitalismus wird zunehmend offensichtlich: Je mehr der Zeitabstand zur Liquidierung der DDR wächst, um so eindringlicher werden deren Leistungen wieder ins Bewußtsein gehoben und anerkannt. So sprechen finnische Pädagogen davon, Struktur und Methoden der DDR-Pädagogik hätten ihnen Nutzen gebracht. Sozialrichter in den alten Bundesländern wissen die Arbeitsgesetzgebung der DDR in wesentlichen Fragen zu schätzen. Namhafte Verfechter der katholischen Soziallehre verhehlen nicht, daß die DDR-Betriebe bei weitem nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Einheiten waren. Das genossenschaftliche Eigentum besitzt nicht nur in der Landwirtschaft seine Anhänger. Motivation und Jugendförderung im DDR-Sport sind trotz aller Doping-Kampagnen nicht totzureden. Die soziale Grundsicherung ist heute wieder in vieler Munde. Gewerkschafter vermischen schmerzlich, daß die DDR nicht mehr (unsichtbar) bei Tarifverhandlungen mit anwesend ist. Und wer denkt nicht angesichts der schändlichen Aggressionskriege des Imperialismus an die Worte der DDR-Nationalhymne, keine Mutter möge mehr ihren Sohn beweinen.

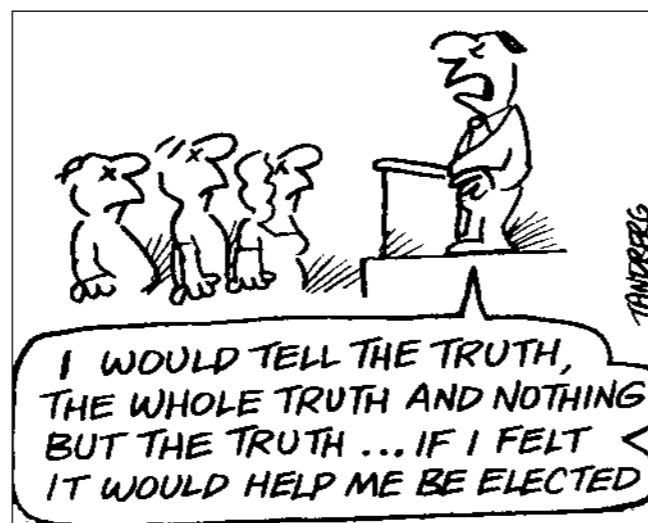
Aber im überarbeiteten Programmentwurf der PDS steht die Verurteilung der DDR

im Vordergrund. Oder es herrscht kalte Distanz. Natürlich wäre es verfehlt, Defizite der sozialistischen Demokratie und strukturelle Schwächen, auch vereinzeltes Unrecht, schönzureden. Erlittene Niederlagen und begangene Fehler müssen im Interesse künftiger Erfolge schonungslos zugegeben und kritisch-konstruktiv analysiert werden. Dabei ist unumstritten: Der Aufbau des Sozialismus in der DDR vollzog sich nicht in einem vor der Öffentlichkeit abgeschirmten Laboratorium. Erfordernisse und Ergebnisse des eingeschlagenen Kurses wurden ständig und heftig von kapitalistischen Gegenkräften durchkreuzt und eingeschränkt. Auch die Teilhabe der DDR an der Arbeit des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe war für uns nicht nur mit Vorteilen verbunden. Doch der Deutungshoheit reaktionärer Ideologen über das Leben in der DDR sollte keinerlei Vorschub geleistet werden.

Die Sprache des Entwurfs sei durch einen zu abgehobenen „intelligenzlerischen“ Stil geprägt, meinen viele Genossen. Etliche Passagen seien zu abstrakt. Doch hohes Niveau und einfache Sprache schließen sich nicht gegenseitig aus. Die Abstraktion ist und bleibt ein Vorzug und Bestandteil jeder Theorie; sie verallgemeinert die Praxis, ist also keineswegs mit Lebensfremdheit gleichzusetzen. Ohne Abstraktion gäbe es z. B. keine Marxsche Mehrwerttheorie.

Dennoch: Im Programmentwurf sind unverständliche Schachtelsätze und schwülstige Formulierungen keine Seltenheit. Programme linker Parteien sollten sich eindeutig gegen manipulierende Sprachverstümmelung, wie sie gegenwärtig üblich ist, richten. Da werden in den Medien – fast ohne Ausnahme – Kriege als Militärschläge, Stagnation als Nullwachstum, sinkender Absatz als Minuswachstum deklariert. Sozialabbau nennt man heutzutage Reform, Pleiten heißen jetzt Insolvenzen. Deshalb gilt: Die Dinge müssen beim wahren Namen genannt werden!

Prof. Dr. habil. Harry Milke



„Ich würde die Wahrheit sagen, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit . . . , wenn ich das Gefühl hätte, es würde mir helfen, gewählt zu werden.“  
Aus: „The Guardian“, Sydney

## Die Alternativen der PDS

Außerordentliches wird den Delegierten zugemutet, wenn sie Ende Juni in Berlin zur „Außerordentlichen Tagung des 8. PDS-Parteitages“ zusammenkommen. In einem Akt kollektiver Buße sollen sie sich von ihrem „politischen Fehlverhalten“ in Gera distanzieren: Sie sollen Beschlüsse und Personalentscheidungen annullieren, die von ihnen kaum ein Dreivierteljahr zuvor gefaßt wurden. Auf eine derartige „Korrektur“ zielen die Initiatoren dieses Sonderparteitages – überwiegend Anführer der (als „Reformlinke“ etikettierten) in Gera unterlegenen Parteirechten. Die seien entschlossen, so „Neues Deutschland“ am 6. 5. 03, die Berliner Tagung nur als Sieger zu verlassen. Ihre Devise: „Streit bis zur Entscheidung“.

Damit dürfte die Partei an dem Punkt angelangt sein, wo die grundsätzliche Richtungsentscheidung über ihren künftigen Charakter und Weg fällt. Die in der PDS gegeneinander agierenden Flügel – einerseits die konsequent sozialistischen, marxistischen Kräfte, andererseits ihre opportunistischen, sozialdemokratisch orientierten Gegenspieler – kommen nicht mehr umhin, die tiefere Ursache für die akut zutage getretene, jedoch seit langem schwelende Parteikrise auszuräumen. Bei der handelt es sich um eine existentielle Krise.

Ein kurzer Rückblick: Seit Jahren macht sich zunehmend Widerstand aus der Parteibasis gegen die politische Linie der im Kapitalismus angekommenen Spitzenpolitiker bemerkbar. Ein aufsehenerregendes Signal dafür setzten die Delegierten des Münsteraner Parteitages, als sie gegen den Willen des Vorstandes die kompromißlose Antikriegsresolution beschlossen. Sie festigte das Ansehen der PDS als Friedenspartei und brachte ihr weit über die eigene Stammwählerschaft hinaus politisches Vertrauen ein. Ihre Spitzenleute Gysi und Bisky aber reagierten auf ihr Unterliegen mit demonstrativem Rückzug „aus der ersten Reihe“. Der Nimbus, die Partei trotz aller Flügelkonflikte zusammenhalten zu können, verhalf Gabriele Zimmer dann zum Parteivorstand. Sie trug der Stimmung an der Parteibasis mehr Rechnung und legte sich nicht so auf die Position der Fundamentalopportunisten fest, denen das „Mitregieren“ aller Schattierungen als einheitlicher Block gegen die unbeirrbar sozialistischen Kräfte in der PDS. Diese Gemeinsamkeit bewahrte G. Zimmer dennoch nicht vor einer Kampagne, mit der um den damaligen Bundesgeschäftsführer Bartsch gruppierte innerparteiliche Rivalen versuchten, die Vorsitzende zu demontieren. Diese Intrige erreichte im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 ihren Höhepunkt. Sie verband sich in den Augen der Öffentlichkeit mit einem Bild, das die

Partei zur bloßen Westentaschenreserve der SPD schrumpfen, zur Wahlhelferpartei Schröders verkümmern ließ. Mit ihrer Wahlniederlage vom 22. September wurde der PDS allerdings ein Vertrauensverlust attestiert, der keineswegs bloß aus einer verfehlten Kampagne erklärt werden konnte. Das Debakel war Quittung für eine opportunistische Politik, durch die der PDS immer mehr sozialistisches Profil verloren ging, sie zur angepaßten Belieblichkeitspartei mutierte.

Nach dem Wahl-Schock forderte die Basis energisch einen Kurswechsel. Der Geraer PDS-Parteitag reflektierte dieses Verlangen. Mit Zweidrittelmehrheit nahmen die Delegierten den Beschluß „Kein Weiter so: Zukunft durch Erneuerung“ an. Obwohl damit keineswegs eine klare Richtungsentscheidung erfolgte, verlagerten sich die Akzente nach links: Gesellschaftsverändernder Anspruch und Oppositionsrolle wurden betont. Sozialistische Identität sei wieder erkennbar zu machen, hieß es. Die bisherige Anpassungspolitik erfuhr weitreichende Kritik. Deren maßgebliche Verfechter kandidierten nicht mehr oder wurden abgewählt. Gabriele Zimmer hingegen behielt den Parteivorsitz. Zum Sieg über ihre Gegenspieler verhalf ihr eine vorgelesene Rede, in der sie mit Aussagen, daß die Partei „für die unten, ganz unten“ da sein müsse und „kein Frieden mit dieser Gesellschaft“ zu schließen sei, eine Rückbesinnung auf sozialistische Inhalte zu verheißen schien. Die Parteilinke stimmte für G. Zimmer und den neuen Vorstand.

Gera galt als Signal, als Chance für einen sozialistischen Neuanfang. Diejenigen aber, die das als ihre politische Niederlage verstanden, gingen sogleich zur Gegenoffensive über. Als „Netzwerk Reformlinke“ kämpften sie seitdem um „baldige Änderung der Mehrheiten in der Partei“. Zu diesem Zweck diffamierten sie die neugewählte PDS-Spitze als „Fehlbesetzung“ (ND 20. 1. 03). Deren „Chefin“ aber biederte sich bei den Leuten, die sie erst kürzlich hatten stürzen wollen, an – eben weil sie deren Grundpositionen teilt. Die Parteirechte erfuhr durch Gabriele Zimmer Vorzugsbehandlung. Symptomatisch dafür war u. a. die Berufung von André Brie zum Wahlkampfleiter 2004 und von Roland Claus zum Koordinator der Strategiedebatte. So ermunterten ließen die Verlierer von Gera sogleich verlauten, sie würden sich nunmehr anschicken, „die Hegemonie in der PDS zurückzugewinnen“ (ND 17. 2. 03).

Gegen diese Gefahr einer Kehrtwende trat im Januar dieses Jahres eine große Gruppe von PDS-Mitgliedern, darunter zahlreiche Parteitagdelegierte und Mandatsträger, mit einem „Plädoyer für einen „Geraer Dialog““ auf. Es sei höchste Zeit für „ein Bündnis all derjenigen in der PDS, die bereit sind, den sozialistischen Charakter der Partei zu verteidigen“. Außer der unwirschen Bemerkung, sie lasse sich durch diese Gruppierung „nicht instrumentalisieren“, bestand die Antwort von G. Zimmer – und leider auch vom Parteivorstand – in Stillschweigen und Untätigkeit. Um

so aktiver zeigte sich dafür die Anti-Gera-Connection. Systematisch wurde die Polarisierung in der Partei zugespitzt und personalisiert. Was mit Intrigen gegen „zu links stehende“ Vorstandsmitglieder begann (siehe „Wachbuchaffäre“), fand seine Fortsetzung mit ultimativen Wohlverhaltensforderungen zum nun gefälliger formulierten Programmentwurf, bis schließlich im Februar das Reizwort „Sonderparteitag“ aufkam. Vom „Arbeitsausschuß Reformlinke“ lanciert, fand es bei prominenten Parteirechten lebhaft Zustimmung. Sie versprachen sich davon „politische Klärung und daraus folgenden Personalwechsel“ (ND 18. 2. 03). Und nachdem Gabriele Zimmer samt einer Vorstandsminderheit bei der Abstimmung über die Behandlung eines Papiers von Dieter Klein unterlegen war, machte auch sie einen Sonderparteitag zur „Chefsache“. Kurzerhand erklärte sie den von ihr geleiteten Vorstand zu einem Gremium ohne Autorität, das zurücktreten müsse. Eine Art Schattenkabinett aus durchweg rechtsgerichteten PDS-Landesvorsitzenden Ost machte den nötigen Druck, um den Sonderparteitag zu erzwingen. Im Hintergrund standen Leute wie Brie und Gysi, die den verschlissenen, aber ambitionierten Bisky nach vorne schoben.

Der Sonderparteitag wird also stattfinden. Inhaltlich soll er die PDS so festlegen, wie das im neuen Programmentwurf vorgesehen ist. Der definiert die Partei nicht mehr als antikapitalistisch, sondern nimmt sie auf „kapitalismuskritisch“ zurück. Das bedeutet den prinzipiellen Abschied von der Systemopposition! Noch vor ihrem dann angekündigten Funktionsverzicht ließ G. Zimmer auch wissen, was sie und ihre politischen Freunde unter „durchgreifenden Reformen in der Partei“ verstehen: Die PDS müsse sich „klar von einer marxistischen Partei“ (!) unterscheiden. Und die künftige Vorsitzende Bisky soufflierte: Sozialistische Reformpolitik dürfe „die traditionellen Standards nicht bedienen“ – namentlich in der Eigentumsfrage. Marx ade ...

Personell soll ein neuer Vorstand aus „reformorientierten“ Kräften als „starkes Zentrum“ das Zepter übernehmen. „Linkslastige“ PDS-Politiker wie Diether Dehm und Uwe Hixsch müssen weg, aus ihren Funktionen – wenn's machbar ist, wohl auch aus der Partei.

Alles in allem: Das Schicksal der PDS steht auf dem Spiel. Sie hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder profiliert sie sich auf dem Sonderparteitag als erkennbare Oppositionskraft gegen Schröders Politik der sozialen Vernichtung oder sie zerstört sich selbst als sozialistische Partei. Das würde die Linke in eine schwierige Lage bringen. Denn niemand in Deutschland wäre gegenwärtig dazu imstande, das entstehende Vakuum zu füllen. Auf dem Berliner Sonderparteitag wird also über die Zukunft der PDS entschieden. Im ND las man: „Die Frage ist nur, ob die Delegierten wissen werden, worum es wirklich geht.“

Wolfgang Clausner

## Wer die marxistische Staatstheorie über Bord wirft ...

# Der springende Punkt

Eine Beschäftigung mit dem Entwurf, über den im Oktober auf dem Programm-Parteitag der PDS entschieden werden soll, wirft die Frage nach dem Charakter der Partei auf. In meinen Augen ist die PDS eine kleinbürgerliche Partei mit wohl gegenwärtig linker sozialdemokratischer Ausrichtung, die (nach wie vor) durch den sogenannten Reformsozialismus geprägt wird. Die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft sollen durch Reformen so verändert werden, daß dabei die Dominanz der Kapitalverwertung zurückgedrängt und letztlich überwunden werden kann. Das ist „Sozialismus“ durch Kapitalverwertung auf dem Boden und im Rahmen des Kapitalismus selbst. Der jetzige Programmentwurf, für den sich Zimmer, Brie, Klein, Bisky, Gysi und andere stark machen, zeugt davon, daß die PDS diesen generellen Kurs fortführen und zum Programm erheben will. Sie wird versuchen, den Platz einzunehmen, den die SPD mit ihrem Entwicklungstrend zur neoliberalen Staatspartei des kapitalistischen Systems endgültig geräumt hat. Die sozial-

integrierende Funktion eines solchen Ziels ist es, das System durch Beschneidung seiner extremen Auswüchse zu erhalten. Deshalb ist es durchaus folgerichtig, daß im Programmentwurf der PDS „politische Verantwortung in parlamentarischer Opposition ebenso wie in Regierungsbeteiligungen“ verkündet wird. Meine Sicht: In dieser Partei ist der „Anpassungs-Trend“ nicht zu stoppen; er ist unaufhaltbar. Dies wird auch dadurch deutlich, daß sich die PDS mit ihrer Verabschiedung vom Marxismus zugleich von einer dialektisch-materialistischen Staatsbetrachtung verabschiedet hat. Zum Staat ist der PDS niemals etwas Gescheites eingefallen. Staatstheoretische Aussagen kann man mit der Lupe suchen – ohne fündig zu werden, obwohl immer angemahnt wird, das politische System umzubauen. Im Programmentwurf heißt es schließlich lapidar: „Unsere Vorstellung von der künftigen Rolle des Staates ist die eines entbürokratisierten und von einer selbstbestimmten Zivilgesellschaft geprägten Staates. Demokratie verlangt, daß ein sol-

cher Staat seine Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Förderung der sozial Benachteiligten und als demokratische Institution gegenüber der Macht der nationalen und internationalen Wirtschaftsakteure wahrnimmt.“ Nach Dieter Klein birgt „die moderne bürgerliche Gesellschaft der Bundesrepublik selbst Tendenzen, Möglichkeiten und Ansatzpunkte für einen emanzipatorischen Transformationsprozeß ...“ Ohne sich mit diesem Nonsense hier auseinandersetzen zu können: Es genügt zu verdeutlichen, daß eine solche Positionierung als kapitalistischer „Sozialismus“ im PDS-Programmentwurf durchaus folgerichtig ist.

Unter diesen Umständen geht es um die „Wiederentdeckung“ der marxistischen Staatstheorie, ihre Fortentwicklung für die Zeit des modernen Imperialismus. Warum?

In den großen imperialistischen Zentren – ebenfalls in der BRD – sind sozialistische Umwälzungen nicht in Sicht. Angesagt ist eine Abwehrstrategie (Verteidigung des im Grundgesetz proklamierten Sozialstaatsprinzips); weiter der Kurs auf solche radikal-demokratischen Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die welthistorisch an den Übergang zum Sozialismus heranführen und ihn einleiten könnten.

Einerseits ist es erforderlich, den Abwehrkampf und die radikal-demokratische Reformstrategie damit zu verbinden, sich entschieden gegen staatliche Gewaltmethoden gegenüber den Werktätigen und der Verstärkung des Militarismus zu wenden; andererseits ist die Ausnutzung des bürgerlichen Staates für Erfolge des Abwehrkampfes und das In-Gang-Setzen des Ringens um radikal-demokratische Reformen von entscheidender Bedeutung. Lenin vermerkte in „Staat und Revolution“, daß „die Vorbereitung des Proletariats auf die Revolution unter Ausnutzung des heutigen Staates“ zu erfolgen habe, wobei der Staatsbegriff hier in weitem Sinne als politische Organisation und Struktur zu verstehen ist.

Es ruft keinerlei Zweifel hervor, daß eine progressive außerparlamentarische Bewegung zugleich für starke parlamentarische Vertretungen auf allen Ebenen kämpft.

Alles hängt natürlich ab von einer solchen marxistischen Parteiform, die sich nicht mit dem politischen System im modernen Kapitalismus identifiziert, sondern die sich vielmehr zum Ziel setzt, dazu beizutragen, ein geschichtsmächtiges Subjekt in längeren historischen Fristen zu formieren. Daß hier die PDS nicht gemeint sein kann, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Hier kann man also nur die historisch notwendige langfristige Gestaltungsformung einer massenwirksamen marxistischen Partei im Auge haben.

Prof. Dr. Ingo Wagner

zu schließen. Interessant ist, daß diese Forderung auch im Herbst 1989 – aus gleicher Quelle gespeist – als allererste gestellt wurde. Die durch einen Parteiputsch ans Ruder gelangte liquidatorische Gysi-Führung hat sie mit der Entscheidung, die SED-Betriebsgruppen sofort aufzulösen, prompt bedient.

Eine Rolle habe am 17. Juni 1953 auch das Verlangen nach „Zulassung aller Parteien“, vor allem nach „Wiederherstellung und Neugründung der SPD in der DDR“ gespielt, weiß die Historische Kommission zu berichten. Ist ihr auch bekannt, wer diese Parole – abermals via RIAS lanciert – erfunden hat? Sie kam vom Ostbüro der SPD, das in jener Zeit ein Agent des USA-Geheimdienstes CIA leitete.

Bei der Historischen Kommission gibt man sich „ausgewogen“. „Zu respektieren sind sowohl jene Bürgerinnen und Bürger, die gegen das SED-Regime (!) demonstrierten, als auch jene, die es verteidigten ...“, heißt es da nicht ohne Heimtücke. Der ahistorische Aufuß mündet in dem Satz: „Die Bestrebungen, Partei und Staat zu demokratisieren, waren mit der Arbeitererhebung gescheitert. Alle, die einen demokratischen Sozialismus gefordert hatten, wurden so oder so zum Schweigen gebracht.“

Nichts Neues also, sondern nur „linker“ Senf zu Eppelmans Hotdog. Aufschlußreich ist allein die Tatsache, daß der pseudowissenschaftliche Sud uns just zum selben Zeitpunkt aus dem ND entgegenschwappte, zu dem Gysis Küchenkabinett seinen Putsch in Szene setzte, um den in Gera frei und demokratisch gewählten PDS-Parteivorstand aus dem Wege zu räumen.

S. R.

## „Linker“ Senf

Die Historische Kommission der PDS driftet durch schlickriges Gewässer. Zum 17. Juni hat sie ein Dokument veröffentlicht, das schon mit der Überschrift „Der Arbeiteraufstand ...“ den Kurs auf Anpassung an die Positionen der Geschichtsklitterer verrät. Wahrheiten, Halbwahrheiten und Lügen bilden ein Gemenge, das für Verwirrung sorgt und die Absichten geschworener DDR-Feinde bedient. Die „Bewertung der Ereignisse“ sei „umstritten“ gewesen, heißt es zunächst ausweichend. In der Nachtsitzung des Zentralkomitees der SED vom 17. zum 18. Juni 1953 habe Kurt Hager von „Arbeitern“ gesprochen, „die auf die Straße gegangen waren, nicht weil sie Rowdys waren, sondern weil aus ihnen all das an Unzufriedenheit herausbrach, was sich bei ihnen seit acht Jahren angesammelt hatte“. Gemeint ist hier der Zeitraum zwischen 1945 und 1953. Es geht also um die acht Jahre seit dem Sturz des Faschismus. Unmittelbar nach dem Krieg hatte die Sowjetische Militäradministration die Mitglieder der Nazi-Partei und die Amtsträger von NS-Organisationen zum Enttrümmern in die Ruinenfelder geschickt. Viele Nazi-Beamte waren daraufhin Bauarbeiter geworden. 1953 konzentrierten sich diese oft ungewandelten Faschisten in einigen Bau-Unionen, wie die volkseigenen Betriebe dieses Wirtschaftssektors zunächst hießen. Kein Wunder, daß sich bei einem Teil von ihnen „seit acht Jahren Unzufriedenheit angesammelt“ hatte. Im Juni 1953 habe es „oft auch Bestrebungen gegeben, die Partei aus den Betrieben zu entfernen“, bemerkt die Historische Kommission wertneutral und ohne daraus auf einen konterrevolutionären Charakter solcher vom RIAS ausgehenden Losungen

## Was es mit dem Rummel um den 17. Juni auf sich hat

# Eppelmann als Nachgestalter

Rudolf Augsteins Bemerkung „Der Erinnerung kann man nicht befehlen, man kann sie nicht her- und wegzaubern“ gilt auch für das offizielle Gedenken in der BRD an den 17. Juni 1953. Von 1954 bis 1990 wurde jenes Tages, der seine Spuren in der DDR hinterließ, mit Reden im Bundestag gedacht. Der Leser merke auf: Das Ereignis, um das es geht, trug sich in einem anderen Staat zu, dessen Souveränität zu achten war; durch die BRD spätestens mit dem Grundlagenvertrag 1972 und der gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973. Es galt das völkerrechtlich verbindliche Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Warum aber organisierte die BRD „staatlich verordnete“ Gedenkfeiern am 17. Juni, die zu Ritualen mutierten? Dietmar Schiller informiert uns in der offiziellen Publikation „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (1993/25) über das „Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur“: „Die wichtigsten politischen Funktionen, die nationale Feier- und Gedenktage erfüllen sollen, sind Staatsintegration, Identifikation mit dem politischen System, Konsensstiftung, Erschaffung von Massenloyalität und Stabilitätssicherung.“ Die Frage ist also: Wie konnten die Feiern im Bundestag und das sie begleitende Medienecho die genannten „Funktionen“ erfüllen helfen?

Das Gesetz, das den 17. Juni zum „Nationalfeiertag des deutschen Volkes“ erhob, beruhte vor allem auf einer Initiative der SPD und Willy Brandts. Es trat bereits am 4. August 1953 in Kraft. In den Jahren 1954 bis 1967/68 trugen die Reden im Bundestag vor allem den Stempel des Kalten Krieges. Sie folgten der Roll-back-Konzeption, in der für die DDR keine Zukunft mehr vorgesehen war.

Ogleich es in jeder Ansprache Nuancen gab, darf wohl ein Satz des Historikers Theodor Schieder (1964) als roter Faden für die Reden der ersten zehn Jahre nach dem 17. Juni 1953 gelten: „Es muß dabei bleiben: Die deutsche Teilung hat keine Wahrheit in der deutschen Geschichte und in der Geschichte Europas, sie ist eine von außen aufgelegte Last. Sie darf sich daher

auch keine Wahrheit durch Gewohnheit, Nachlässigkeit, durch Anpassung an äußeren Zwang oder durch Resignation erborgen.“ Als Schieder diese Rede hielt, war die Losung Brandts und Bahrs vom „Wandel durch Annäherung“ (1963) schon in die Welt gesetzt. Nach der großen Koalition entstand die Brandt-Regierung. Die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten trat auf die Tagesordnung der Geschichte. Natürlich wirkte sich die neue „Wahrheit“ auch auf die Reden aus. Schon am 17. Juni 1969 trat Walter Scheel dafür ein, den „staatlichen“ oder „quasi-staatlichen“ Charakter der DDR anzuerkennen.

Das Ritual zum 17. Juni lockerte sich. So fand z. B. 1973 keine Gedenkveranstaltung statt. Im darauf folgenden Jahr konnten sich Regierung und Opposition nicht über die Gestaltung einigen. Auch später fielen die Reden aus unterschiedlichen Gründen wiederholt aus. Der Streit, ob und wie die Gedenkveranstaltungen weitergeführt werden sollten, spitzte sich zu. Das spiegelte sich auch in den Ansprachen wider, so denen von Wolfgang Mischnik (1975) und Helmut Schmidt (1977). Dieser resümierte, daß das Pathos in früheren Jahren bei Jüngeren eher zu Gleichgültigkeit geführt habe.

In den 80er Jahren kam es zu einer Art Renaissance der Feiern zum 17. Juni. Redner waren u. a. Ex-Bundespräsident Karl Carstens (1983), Gerhard Schröder (1984), Georg Leber (1985), erneut Walter Scheel (1986) und Roman Herzog (1988).

Die Rede des Sozialdemokraten Erhard Eppler am 17. Juni 1989 hätte in der DDR alle Alarmglocken schrillen lassen müssen. Eppler forderte dazu auf, darüber nachzudenken, „was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eisernen Vorhang rascher als erwartet durchrostet“. Der Redner fand starken Beifall bei der CDU. Deren Rechtsaußen Alfred Dregger und Wolfgang Bötsch von der CSU gratulierten Eppler persönlich. Den Schlußpunkt setzte Manfred Stolpe am 17. Juni 1990. Er betrachtete sich selbst offenbar als die Personifizierung der „Opposition“ in der DDR und sah den Herbst 1989 in der

Kontinuität des 17. Juni und als dessen siegreiche Krönung.

Warum wurden in der BRD Ereignisse in der DDR zum Anlaß genommen, den 17. Juni zum Nationalen Gedenktag zu erklären? Kein Zweifel: Er hat zur „Staatsintegration“ der BRD-Bürger auf antikommunistischer Grundlage beigetragen, was dadurch erleichtert wurde, daß die vor 1945 herrschende Ideologie nicht überwunden werden mußte. Er hat westlich der Elbe die „Identifikation mit dem politischen System“ gefördert, indem den Bürgern die „Alternative“ Demokratie oder Diktatur, Freiheit oder Sozialismus suggeriert wurde. Er hat zur „antitotalitären Konsensstiftung“ unter politischen Kräften der BRD geführt und kritische Stimmen isoliert und eliminiert. Er hat „Massenloyalität und Stabilitätssicherung“ innerhalb der BRD herbeigeführt. Damit erfüllte das Gedenken an den 17. Juni im Bundestag und in den Medien all jene Kriterien, die Dietmar Schiller formuliert hatte.

Nun ist die DDR nicht mehr da, wohl aber ein Teil der Bürger, die den 17. Juni 1953 noch erlebt haben, als Akteure auf dieser oder jener Seite der „Barrikade“. Für die einen und wegen der anderen wird das ganze Getöse organisiert.

Anfang April 2003 gab Rainer Eppelmann als Vorsitzender der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in Berlin eine Pressekonferenz, auf der er mitteilte, dieses Jahr werde die Demonstration der „Bauarbeiter“ vom 17. Juni 1953 – die Überlebenden müßten alle Rentner sein – nachgestaltet. Außer diesem „Marsch“ sind unter Eppelmans Ägide nicht weniger als 473 Vorhaben geplant, die an den Tag erinnern sollen: etwa 45 Publikationen, 151 Vorträge, 63 Ausstellungen oder Stationen von Wanderausstellungen, 44 Konferenzen, 35 Gedenkveranstaltungen, 13 Lehrerfortbildungsmaßnahmen, 35 Schülerprojekte und 18 Filmvorführungen stehen auf dem Programm.

Wozu der „staatlich verordnete“ Erinnerungszirkus, für den allein Eppelmans „Stiftung“ eine halbe Million an Steuergeldern verschleudern darf? Damit „besser zusammenwächst, was zusammengehört“? Um die Leiden und Lasten Millionen Betrogener zu übertönen? Um die „Demonstranten“ (Eppelmann war damals zehn Jahre alt) zu Helden zu befördern? Um mit der verordneten Gehirnwäsche das eigene Gedächtnis und die eigene Erfahrung auszulöschen? Um daran zu erinnern, wie „fürchterlich“ die „SED-Diktatur“ war?

Es wird Bumerang-Wirkung haben, wenn Streiks und Demonstrationen nur deshalb zu Heldentum erklärt werden, weil sie sich gegen die DDR richteten, während sie Teufelswerk sind, wenn sie in der Bundesrepublik stattfinden. Denn nichts schmeckt den Konzernen weniger als ausgerechnet Streiks.

Prof. em. Dr. sc. phil. Horst Schneider



**Herzlich gratulieren wir zwei Aktivisten des „RotFuchs“-Fördervereins zu runden Geburtstagen.**

**Am 3. Juli 2003** wird

**Genosse Werner Döring**

aus Aschersleben, der sich besonders für die Verteidigung der Bodenreform engagiert, **70 Jahre alt.**

**Am 8. Juli 2003** vollendet

**Genosse Fred Lewalder**

der in der Berliner Regionalgruppe eine aktive Rolle spielt, sein **60. Lebensjahr.**

## Konservierung der Wahrheit

Von Jahr zu Jahr unerträglicher wurden mir die heuchlerischen Zeremonien zur Würdigung des sogenannten Volksaufstandes. Denn meine persönlichen Erinnerungen an den 16./17. Juni 1953 vor dem Berliner Haus der Ministerien widersprachen entschieden den als „historische Wahrheit“ ausgegebenen Greuelmärchen. Als sich aus diesem Anlaß dann sogar eine sehr junge, sehr hoffnungsvolle Politikerin meiner eigenen Partei in das trübe Fahrwasser der Geschichtsfälscher begab, war mir plötzlich die Aufgabe klar: Von wem sollten denn diese Generationen erfahren, wie es wirklich gewesen war, wenn nicht von uns Alten? Nur wer um unser Leben in Faschismus, Krieg, Nachkrieg und jener ständig vom Kalten Krieg überschatteten und dennoch herrlichen Zeit des Aufbaus wußte, konnte auch die DDR samt allen Erregenschaften und Mängeln verstehen. Bereits während der Arbeiten am ersten Buch „Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“ umfaßte unsere Unabhängige Autorengruppe „So habe ich das erlebt“ über 80 Zeitzeugen unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen. Bis zum dritten Band wuchs die Gesamtzahl der Autoren auf mehr als 120.

Vielen verhalf erst das Aufschreiben ihrer Erinnerungen zur Verarbeitung und Bewertung des historischen Geschehens. Mancher fühlte sich nicht länger isoliert und fand durch unsere Gemeinschaft zu neuem Selbstbewußtsein und sinnvollem Tun. Der eine oder andere sorgte sich sogar noch auf dem Sterbelager um das gemeinsame Werk.

In der allgemeinen inhaltlichen Aufgabenstellung stimmten alle überein. Sie entsprach im wesentlichen den späteren „Spurensicherungs“-Bänden „Wege in die DDR“ und „Leben in der DDR“. Dagegen stieß die redaktionelle Bitte, als eine Art „Schreibübung“ zunächst das persönliche Erleben der Junitage 1953 wahrheitsgemäß aufzuzeichnen, auf allerhand Bedenken. Immerhin ging es dabei um ein für die meisten mit vielen Fragezeichen versehenes und zweifellos ärgerliches Ereignis. Jeder Versuch einer ehrlichen Aufarbeitung konnte im vorherrschenden Klima ausufernder Hetze und Verleumdung zusätzliches Wasser auf die Mühlen der DDR-Verteufeler gießen. Das war nicht von der Hand zu weisen.

Andererseits schien es dringend erforderlich, möglichst weit auf den Grund des Geschehens vorzustößen. Außerdem bestätigte sich sehr bald die Vermutung, daß nicht nur meine persönlichen Erinnerungen dem zeitgeistlichen Klischee widersprachen: Bereits die ersten der eingereichten Texte enthielten erstaunliche Erlebnisse und Fakten, obwohl sie auch neue Fragen aufwarfen.

Selbstverständlich hielten wir unser Vorhaben nicht geheim, sondern suchten kompetente Verbündete, sammelten Hin-

weise und einschlägige Literatur. Glücklicherweise fanden wir tatkräftige Helfer, stießen mancherorts jedoch auch auf unerwartete Angepaßtheit, Ablehnung und eigenartige Verhaltensweisen. So ließ mir ein guter alter Bekannter und promovierter DDR-Historiker die ernste Ermahnung zukommen, uns um alles in der Welt ausschließlich auf die „inneren Ursachen“ der Ereignisse zu konzentrieren.

Der Vorsitzende der Historischen Kommission meiner Partei sah sich wegen anderer Schwerpunkte nicht zur Hilfe (z. B. bei der Auffindung von Zeitzeugen) in der Lage und sorgte sich vor allem darum, daß man die Partei irgendwie mit unserem Projekt in Verbindung bringen könnte. Aber immerhin antwortete er, während – um es gleich vorwegzunehmen – jene gegenwärtig immer noch junge, nach meinem Dafürhalten allerdings immer weniger hoffnungsvolle Politikerin weder auf die Übersendung unseres Manuskripts noch des fertigen Buches reagierte und bis zum heutigen Tage kräftig in den Chor der Geschichtsklitterer einstimmt.

Bei den Recherchen zum Hintergrundwissen stießen wir u. a. auf Arbeitsergebnisse junger DDR-Historiker, die sich nach der sogenannten Wende mit unserem Thema beschäftigt hatten. Leider wurden die verheißungsvollen Untersuchungen einer Wissenschaftlergruppe infolge gestrichener Fördermittel vorzeitig beendet. Offenbar hielt man an höherer (BRD-) Stelle nichts von der Aufarbeitung und Deutungshoheit ureigenster DDR-Zeitgeschichte durch DDR-Bürger. Immerhin waren auf Vereinsbasis wenigstens einige nützliche Forschungsergebnisse in Broschüren mit geringer Auflage veröffentlicht worden. Allerdings erlebten wir leider auch unmittelbar, in welcher überaus schäbigen, ahistorischen und jedem Gerechtigkeitsgefühl Hohn sprechenden Weise die Juniereignisse von Politik und Medien „aufgearbeitet“ wurden. Da scheute man beispielsweise keinen Aufwand, um den von Zeugenaussagen überführten kaltblütigen Mörder eines Volkspolizisten öffentlich zu rehabilitieren, während der

Name seines Opfers vom Straßenschild getilgt wurde.

Anderenorts lief eine üble Hetzkampagne gegen einen von aufgeputzten Jugendlichen besonders grausam zu Tode gebrachten Wachmann. Unverkennbar zur nachträglichen Rechtfertigung des Lynchmordes, dem viele tatenlos zusehen hatten, wurde nunmehr unter maßgeblicher westdeutscher Beteiligung vehement auch noch die Schändung seines Familiengrabes durch Entfernung des mit dem bekannten Zitat von Julius Fucik geschmückten Grabsteins gefordert – und prompt durch behördliches Zutun realisiert.

Zum absoluten Höhepunkt wurde das Auffinden eines faszinierenden Berichts über die Berliner Ereignisse im Nachlaß von Arnold Eisensee, seinerzeit Leiter des NAW-Funkstudios der Stalinallee. Die Suche danach gestaltete sich nicht nur ungemein aufregend, sondern erforderte derart kriminalistische Leistungen, daß mir eines Tages der dazu passende Titel „Spurensicherung“ für unser Buch einfiel. Auch die Spur eines möglichen Kronzeugen für die Authentizität des Eisensee-Reports schien zunächst in den Zeitläuften untergegangen. Aber dann wurde der alte Oberbauleiter der Stalinallee doch noch aufgestöbert und bestätigte die Recherchen in vollem Umfang.

Am Ende hatten wir weitaus mehr Zeitzeugenberichte zusammengetragen, als wir anfangs zu hoffen wagten. Jeder hatte währenddessen dazulernen und auch die eine oder andere unliebsame Einsicht gewinnen müssen. In der Bewertung der Ereignisse gingen die Standpunkte zwar auseinander – das spürten wir besonders bei der Formulierung eines gemeinsamen Vorwortes –, aber zum eigentlichen Ablauf gab es keine Differenzen. Manche der unabhängig voneinander entstandenen Berichte ergänzten einander sogar in überraschender Weise. Ein Wunder war das allerdings nicht, sondern nur der Beweis für sachliche, wahrheitsgemäße Schilderungen. Selbstverständlich blieben Lücken und offene Fragen. Trotzdem traten aus den gesammelten Mosaiksteinen die Konturen eines realistischen Bildes hervor, das den vorherrschenden Geschichtsfälschungen sehr entschieden widersprach. Unmittelbar nach dem Erscheinen unseres Buches ertneten wir dafür einiges Lob von fortschrittlichen Historikern und Rezensenten. Die offizielle Politik einschließlich aller bürgerlichen Medien ignoriert es allerdings bis heute und kultiviert bundeseinheitlich weiterhin ungerührt die Legende vom erbarungslos niedergeschlagenen „Volksaufstand“. Es ist offenbar immer noch sehr leicht, unliebsame historische Wahrheiten als tendenziöses Machwerk abzutun, wenn sie von DDR-Zeitzeugen stammen.

Ursula Münch

Drei Mitglieder unseres Fördervereins werden zusammen 235 Jahre alt!

Unser Glückwunsch gilt

**Genossin Eva Letz**

aus Berlin (75),

**Genossen Rolf Petzold**

aus Berlin (80) und

**Genossin Gertrud Bauer**

aus Suhl (80).

Sie begehen ihre Ehrentage

am 25. Juni,

am 6. Juli und

am 7. Juli 2003.

## Literarische Munition

Da man emsig dabei ist, des 50. Jahrestages des 17. Juni spektakulär zu „gedenken“, sollte daran erinnert werden, daß „Aufarbeitungs“-Eppelmann dem Thema schon vor zehn Jahren eine bewegende „Messe“ gewidmet hatte. Die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth bekannte: „Mir erscheint es wichtig, daß in der Auseinandersetzung vor allem deutlich wird, welcher Zusammenhang zwischen dem 17. Juni 1953 und dem 9. November 1989 besteht ... Es ging nicht zuletzt um einen Sturm auf die rote Fahne“ (Protokoll der Enquete-Kommission Bd. I, S. 747 f.). Das war Klartext, wohl auch für das Poeseialbum der Halblinken bestimmt, die – wie André Brie – Unbelehrbare gerügt hatten, daß „viele ältere Mitglieder, weder willens noch in der Lage sind, die damaligen Vorkommnisse zu objektivieren“ – aufgrund ‚begrenzter Wahrnehmung und dem Fortwirken der DDR-Geschichtsschreibung“ (taz 18. 6. 1998).

Nach der Bundestagspräsidentin hatte am 16. Juni 1993 Eppelmann als Hauptredner seine bewegenden Erlebnisse als einst Zehnjähriger der Öffentlichkeit preisgegeben: „Ich selbst lebte damals mit Eltern und Geschwistern in Pankow ... Ich sehe gepanzerte Kettenfahrzeuge durch die Maximilianstraße fahren, sowjetische. Und auf einmal sehe ich, wie auf einige Balkons in dieser Straße Menschen treten und diesen Kettenfahrzeugen zuwinken – wie ich als Zehnjähriger fand, den Falschen, den Unterdrückern.“ Fazit: Eppelmann hatte schon als Zehnjähriger zwischen „Richtigen“ und „Falschen“ unterscheiden können.

Vielleicht verzichtet er 2003 auf das Balkonerlebnis, aber ziemlich sicher dürfte sein, daß er auch diesmal auf die wohl solideste Analyse der Ereignisse verzichtet, jene nämlich, die Brecht Ende Juni 1953 seinem Verleger übermittelt hatte: „Lieber Suhrkamp, Sie fragen nach meiner Stellungnahme zu den Vorkommnissen des 16. und 17. Juni. Handelte es sich um einen Volksaufstand, um den Versuch, ‚die Freiheit zu erlangen‘, wie der überwältigende Teil der westdeutschen Presse behauptet? Bin ich einem Volksaufstand gleichgültig oder gar feindlich gegenübergestanden, habe ich mich gegen die Freiheit gestellt, als ich am 17. Juni in einem Brief an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, von dem der Schlußsatz veröffentlicht wurde, [mich] bereit erklärte, bei der unbedingt nötigen großen

Aussprache zwischen Arbeiterschaft und Regierung in meiner Weise (in künstlerischer Form) mitzuwirken? – Ich habe drei Jahrzehnte lang in meinen Schriften die Sache der Arbeiter zu vertreten versucht. Aber ich habe in der Nacht des 16. und am Vormittag des 17. Juni die erschütternden Demonstrationen der Arbeiter übergehen sehen in etwas sehr anderes als den Versuch, für sich die Freiheit zu erlangen. Sie waren zu Recht erbittert. Die unglücklichen und unklugen Maßnahmen der Regierung ... trieben die Arbeiterschaft ... auf die Straße und ließen sie die unzweifelhaft großen Vorteile vergessen, welche die Vertreibung der Junker, die Vergesellschaftung der Hitlerschen Kriegsindustrie, die Planung der Produktion und die Zerschmetterung des bürgerlichen Bildungsmonopols ihnen verschafft hatten. Die Straße freilich mischte die Züge der Arbeiter und Arbeiterinnen schon in

den frühen Morgenstunden des 17. Juni auf groteske Art mit allerlei deklassierten Jugendlichen, die durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz, auf der Warschauer Brücke kolonnenweise eingeschleust wurden, aber auch mit den scharfen, brutalen Gestalten der Nazizeit, den hiesigen, die man seit Jahren nicht mehr in Haufen hatte auftreten sehen und die doch immer dagewesen waren. Die Parolen verwandelten sich rapide. Aus ‚Weg mit der Regierung!‘ wurde ‚Hängt sie!‘, und der Bürgersteig übernahm die Regie ... Von den Linden aus konnte man die Rauchwolke des Columbushauses, an der Sektorengrenze des Potsdamer Platzes liegend, sehen, wie an einem vergangenen Unglückstag einmal die Rauchwolke des Reichstagsgebäudes ... Und den ganzen Tag kamen über den RIAS ... anfeuernde Reden, das Wort Freiheit von eleganten Stimmen gesprochen ... Mehrere Stunden lang, bis zum Eingreifen der Besatzungsmacht, stand Berlin am Rand eines dritten Weltkriegs ... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat Fehler begangen, die für eine sozialistische Partei sehr schwerwiegend sind und Arbeiter, darunter auch alte Sozialisten, gegen sie aufbrachten. Ich gehöre ihr nicht an. Aber ich respektiere viele ihrer historischen Errungenschaften, und ich fühle mich ihr verbunden, als sie – nicht ihrer Fehler, sondern ihrer Vorzüge wegen – von faschistischem und kriegstreiberischem Gesindel angegriffen wurde. Im Kampf gegen Krieg und Faschismus stand und stehe ich an ihrer Seite.“

Niemand wird leugnen können: Sachliche, kritische, von solider Beobachtung zeugende klare Worte. Aber man hat sie auch zehn Jahre später nirgendwo gelesen, wenn man von zwei Taschenbüchern absieht, die der kleine Berliner SPOTLESS-Verlag herausbrachte: „Der Fall Erna Dorn“ und „Volksaufstand‘ und Lynchmord?“ Erna Dorn war schon 1993 ein Euphorie-Thema für Eppelmann gewesen. Weil Stephan Hermlin seine Skizze „Die SS-Kommandeuse“ noch einmal publiziert hatte, forderte der Vize-Inquisitor, ihn augenblicklich aus der Akademie der Künste auszuschließen. Im Zeichen der Freiheit der Andersdenkenden! Justus von Denkmann untersuchte bei SPOTLESS die Erna-Dorn-Fakten und kam zu lesenswerten Ergebnissen.

Ähnlich wie bei der zweiten „Einzelprüfung“ im Fall der Vorgänge in Brandenburg (Havel) und Rathenow, die bekanntlich mit einem viehischen Lynchmord geendet hatten. Eine von vielen Entdeckungen: Hauptredner in Rathenow war eine „Quelle“ des SPD-Ostbüros.

Dr. Klaus Huhn

Die beiden Titel können beim Verlag bestellt werden: SPOTLESS im Internet [www.spotless.de](http://www.spotless.de) oder PF 28830 – 10131 Berlin



Bertolt Brecht, Grafik: Arno Fleischer

## Prävention als Prinzip

Das Strafgesetzbuch der DDR, das von der Volkskammer am 12. Januar 1968 verabschiedet worden war (vgl. dazu RF 1/03), trat am 1. Juli des gleichen Jahres in Kraft. Grundlage der Strafrechtsentwicklung war, daß die Kriminalität eine gesellschaftliche Erscheinung ist, die soziale und individuelle Ursachen hat. Vorbeugung und Bekämpfung waren daher Bestandteile der gesellschaftlichen Umgestaltung. Gebrochen wurde mit der Theorie und Praxis des bürgerlichen Staates, die Bekämpfung der Kriminalität vor allem mit auf den einzelnen gerichteten Maßnahmen, seien es repressive, erzieherische oder therapeutische, zu betreiben oder bestenfalls noch das nächste Umfeld des Rechtsverletzers, vor allem Eltern und Lehrer, verantwortlich zu machen, tiefere gesellschaftliche Ursachen jedoch zu verschleiern. Im DDR-Recht galt der Grundsatz: „Die Bekämpfung und Verhütung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen sind gemeinsames Anliegen der sozialistischen Gesellschaft, ihres Staates und aller Bürger.“ (Art. 90, Abs. 2 d. Verfassung der DDR, Art. 1 StGB) Dieses Prinzip und entsprechende Rechtsvorschriften standen in striktem Gegensatz zum kapitalistischen Strafrecht. Es ist bezeichnend für das Demokratieverständnis der neuen Herrscher, daß die meisten Regelungen über die demokratische Mitwirkung der Bürger an der Rechtspflege bereits durch den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990, also Monate vor dem Einigungsvertrag, außer Kraft gesetzt wurden.

Strafrechtliche Verantwortlichkeit durfte in der DDR nur eintreten, wenn das Verhalten nach einem zur Tatzeit geltenden Strafgesetz mit Strafe bedroht war. Strafgesetze hatten keine rückwirkende Kraft. (Art. 99 d. Verfassung, Art. 4 StGB) Es durfte auch keine Bestrafung nach „übergesetzlichem“ oder „Naturrecht“ erfolgen. Das Strafrecht der DDR vollzog damit eine Abkehr von der Praxis des bürgerlichen Staates, mit „übergesetzlichem Notstand“, „Naturrecht“, „gesundem Volksempfinden“ strafrechtliche Verantwortlichkeit zu begründen oder auszuschließen. Solche Gründe haben in der Justiz des kapitalistischen Deutschlands eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie dienten der Rechtfertigung terroristischer Handlungen, z. B. von Fememorden der „Schwarzen Reichswehr“, und der Verfolgung von Kriegs- und Rüstungsgegnern, darunter Carl von Ossietzky. Neuerdings wird der „übergesetzliche Notstand“ zur Begünstigung der Einschränkung des Verbots der Folter herangezogen.

Das Verbot der Rückwirkung von Strafgesetzen wurde für das „Beitrittsgebiet“ zumindest teilweise außer Kraft gesetzt. (Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Oktober 1996) Das bedeutet, daß

eine Bestrafung auch ohne ein zur Tatzeit geltendes Strafgesetz erfolgen kann. Die Entscheidung darüber wird in das Ermessen des Gerichts gestellt. Strafbestimmungen der DDR durften nur in Gesetzen, nicht aber anderen Rechtsvorschriften (z. B. Verordnungen) festgelegt werden.

In ihrem Strafrecht wurden auch die subjektiven Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, die Schuld und ihre Arten (Vorsatz und Fahrlässigkeit) gesetzlich exakt bestimmt. (§ 5–10 StGB) Abgeschafft wurden die sogenannten Maßnahmen der Sicherung und Besserung, die im November 1933 unter der Flagge des Kampfes gegen „gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ eingeführt worden waren, darunter auch die Sicherungsverwahrung.

Bei der Regelung des territorialen und persönlichen Geltungsbereiches des Strafrechts wurden die Grundsätze des Völkerrechts strikt beachtet. Notwendig war eine ständige Abwehr der aus dem Alleinvertretungsanspruch der BRD abgeleiteten und nie aufgegebenen Bestrebungen, den Geltungsbereich ihres Strafrechts auf die DDR auszudehnen. Das wurde dann mit der Annexion 1990 ungehemmt nachgeholt.

Strafen durften nur durch Gerichte ausgesprochen werden. Außerdem waren die gesellschaftlichen Gerichte berechtigt, die strafrechtliche Verantwortlichkeit festzustellen und Erziehungsmaßnahmen anzuordnen.

Ein Grundprinzip des Strafrechts der DDR war die Bewährung des Täters und die Wiedergutmachung des Schadens.

Gewährleistet wurde auch für Straffällige das Recht auf Arbeit, Wohnung und Bildung. Der Verurteilte unterlag nicht den Zufälligkeiten des Arbeits- und Wohnungsmarktes, wie es für die kapitalistische Gesellschaft charakteristisch ist.

Zu den großen Errungenschaften der DDR gehört ohne Zweifel, daß die Kriminalität wesentlich verringert werden konnte. Ganze Kriminalitätsgruppen gab es überhaupt nicht, so das Berufsverbrechertum und die Drogenkriminalität. Die DDR hat den historischen Nachweis erbracht, daß durchgreifende und andauernde Erfolge bei der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität möglich sind. Sie ist nicht Schicksal oder Naturereignis, notwendiger Bestandteil des menschlichen Wesens oder lediglich individuelles Versagen, sondern eine gesellschaftlich bedingte Erscheinung.

Im Zuge der Restauration des Kapitalismus wurden die Ergebnisse der Kriminalitätsbewältigung im Sozialismus rückgängig gemacht und die Bevölkerung des „Beitrittsgebiets“ von einer gewaltigen Kriminalitätswelle überrollt. Die Kriminalitätshäufigkeit liegt im Osten inzwischen 20 % über der in der alten Bundesrepublik.

Das StGB der DDR galt nur 22 Jahre, ehe es am 3. Oktober 1990 durch das in vieler Hinsicht überholte und reformbedürftige Strafrecht der BRD ersetzt wurde. Diese zwei Jahrzehnte reichten nicht aus, um die sozialistischen Wesenszüge des neuen Strafrechts voll zur Geltung zu bringen. Es wurde durch Deformierungen und Verletzung seiner Prinzipien beeinträchtigt, die vor allem in den 70er und 80er Jahren auftraten. **Prof. Dr. sc. jur. Hans Weber**



Zum Verfassungsschutzbericht 2003

Grafik: SHAHAR

## Fünf Broschüren vor Gericht

Auftakt zur politischen Strafverfolgung in der BRD war ein juristisch sehr eigenartiges Verfahren, das zu dem „Fünf-Broschüren-Urteil“ führte. Die Entscheidung und deren Begründung waren damals „top secret“. Auch Wissenschaftler, die sich mit der Strafverfolgung von politischen Gegnern der Adenauer-Politik beschäftigten oder darüber promovierten, konnten den Text nicht einsehen. Fast 45 Jahre später, Ende der 90er Jahre, bekam ich ihn aber auf eigentlich ganz normalem Wege in die Hand. Deshalb bin ich heute dazu in der Lage, genauer darauf einzugehen.

Strafprozesse werden grundsätzlich gegen Personen geführt, die dann, je nach dem Stand des Verfahrens, Beschuldigte, Angeschuldigte, Angeklagte oder Verurteilte sind. In einem solchen Verfahren können auf gesetzlicher Grundlage auch Gegenstände eingezogen werden, die bei der Begehung der Tat eine Rolle gespielt haben.

In besonderen Fällen ist ausnahmsweise auch ein sogenanntes objektives Verfahren nach § 430 ff. StPO zugelassen. Es dient dem Zweck, die Einziehung von Gegenständen auf Grund eines rechtskräftigen Urteils zu ermöglichen. Das spielt insbesondere dann eine Rolle, wenn gegen denjenigen, der diese Gegenstände für die Ausführung der Straftat benutzt hatte, ein Strafverfahren nicht (mehr) möglich ist, z. B. wenn er zwischenzeitlich verstarb oder unauffindbar oder außer Landes ist usw.

Bei der Verfolgung von Kommunisten und ihnen Nahestehenden bzw. mit ihnen Zusammenarbeitenden kam eine solche Verfahrensart grundsätzlich nicht in Betracht. Denn der „prozessuale Gegner“ war bekannt und gegenwärtig. Es muß also ein besonders schlauer und raffinierter bundesdeutscher Jurist gewesen sein, der auf die Idee verfiel, zur Vorbereitung der Kommunistenverfolgung diese prozessuale Möglichkeit zu nutzen. Genauer gesagt: zu mißbrauchen. Es war abzusehen, daß ein ordentliches Strafverfahren gegen einen führenden Vertreter der KPD internationale Aufmerksamkeit und Medieninteresse hervorrufen würde. Das könnte seine Durchführung, insbesondere die Erreichung der angestrebten Verurteilung, erschweren. Bei einem Verfahren ohne Beteiligung der „Haupttäter“ und ohne Öffentlichkeit könnte man indes zu einer Grundsatzentscheidung als Basis für weitere Verfolgung kommen. Die nachgeordneten Gerichte brauchten dann lediglich auf dieses Urteil im Musterprozeß Bezug zu nehmen.

So geschah es. In den 50er Jahren war die Ablehnung der Spaltung Deutschlands und der Einbeziehung der BRD in die westliche Allianz, letztlich die NATO, in Westdeutschland sehr verbreitet. In dieser Situation gab es zahlreiche politische Kräfte, die sich gegen die Adenauer-Politik wandten. Auch die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages, die

ordnungsgemäß nur im Osten durchführbar war, fand in der BRD große Resonanz. All das spiegelte sich in einer Fülle von Schriften und Broschüren wider. Auch in den hier relevanten fünf Broschüren.

Um was handelte es sich? Da war zunächst eine knappe Schrift, herausgegeben von der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland in Berlin. Sie trug den Titel „Wo stehen wir im Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands?“; zweitens ein Flugblatt „Den Lügenfritzen eins aufs Maul!“; drittens eine Schrift „Das Gebot der Stunde“ mit Äußerungen verschiedener Organisationen der DDR; viertens ein Flugblatt mit dem Nachdruck eines ND-Leitartikels vom 22. 12. 1951 „Achtung! Akute Gefahr für die ganze Nation!“; schließlich ein 36 Seiten starkes Schriftstück des FDGB „Die deutsche Arbeiterklasse muß sich entscheiden“.

In diesen Materialien ging es um Forderungen, die in der BRD zu keiner Zeit strafbar waren. Es handelte sich nicht um irgendwelche Geheimschriften oder etwas Illegales.

Da man die Öffentlichkeit scheute, wählte man den Weg des objektiven Verfahrens mit dem Ziel der Einziehung der fünf Broschüren. Dieses wäre an sich nicht zu beanstanden gewesen, hätte man die gesetzlichen Vorschriften eingehalten. Zu ihnen gehört, daß Personen, die etwas mit der Sache zu tun und an dem Gegenstand ein sonstiges Recht haben, als „Einziehungsbeteiligte“ bei dem Verfahren zugegen sind. Gerade dies wollte man aber vermeiden. Deshalb wurde absichtsvoll kein „Einziehungsbeteiligter“ gesucht und auch keiner gefunden. Daher konnte auch ein Rechtsanwalt als dessen Vertreter nicht zugegen sein. Eine Konsequenz dessen war zwangsläufig die Verletzung des in Art. 103 des Grundgesetzes verankerten Rechts auf rechtliches Gehör.

Da die fünf Broschüren in mehreren Bundesländern verbreitet worden waren, nutzte man die Möglichkeit, das Verfahren vor dem Bundesgerichtshof – in erster und letzter Instanz – stattfinden zu lassen. So ergab sich im Justizpalast zu Karlsruhe die Situation, daß – nach der zeugenschaftlichen Vernehmung eines Beamten des Postministeriums – lediglich ein Vertreter der Bundesanwaltschaft und das Gericht zugegen waren. Die BRD-Juristen waren also völlig unter sich. Sie konnten sich in aller Ruhe eine Begründung für die Einziehung der vorgenannten Schriften ausdenken.

Die in dem „Fünf-Broschüren-Urteil“ festgehaltene „Argumentation“ diente in der Folgezeit dazu, zahllose Kommunisten und ihnen Nahestehende strafrechtlich zu verfolgen. Den unteren Gerichten blieb es erspart, eigene Begründungen zu entwickeln. Sie durften und sollten sich schlicht auf das Musterurteil des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes beziehen. Dieses wurde intern hektographiert und den betreffenden Staatsanwaltschaften und

Staatschutzkammern zur Verfügung gestellt. In jeder Anklageschrift tauchte nun meist wortgleich die Wendung auf: „... nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 8. April 1952 beabsichtigt die KPD die Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der Verfassung. Der Angeklagte ist Kommunist bzw. gehört einer kommunistischen Tarnorganisation an. Er ist daher schuldig der Vorbereitung zum Hochverrat.“ In den fünf Broschüren war aber niemals die KPD, bis zum August 1956 eine legale Partei, die ihr Programm und ihre Politik in Wort und Schrift verbreiten durfte, als Herausgeber oder Verantwortlicher angegeben worden. Wegen der besagten Wendung in den Anklageschriften wurden die Strafverteidiger von Angeklagten vorstellig. In der Folgezeit vermied man dann den Hinweis auf das Urteil und wählte stattdessen die Formulierung, es sei „gerichts-bekannt“, daß die KPD einen gewaltsamen Umsturz in Westdeutschland vorbereite usw. usw. Auch das war juristisch absolut unzulässig. Denn als gerichtsbekannt darf nur das verwertet werden, was den einzelnen Mitgliedern des jeweils erkennenden Gerichts aus persönlicher oder beruflicher Erfahrung bekannt ist.

Auf diese „rechtsstaatliche“ Weise wurden in der Folgezeit Tausende von Demokraten, Friedenskämpfern und Kommunisten verfolgt, ohne im einzelnen die vom Gesetz geforderte Begründung der Verurteilung zu liefern. So produzierte man Unrechtsurteile am laufenden Band. Die fünf Broschüren enthielten augenscheinlich nichts Strafbares. Sie stellten weder einen Hochverrat noch eine Vorbereitung dazu dar. Den Richtern des 3. Strafsenats war klar, daß in den zur Debatte stehenden Schriften keinerlei Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung empfohlen wurde. Ihr Urteil fußte deshalb auf der Konstruktion, die Kommunisten der DDR strebten die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ in der Bundesrepublik an. Dabei stützte man sich auf Äußerungen Lenins und Stalins. „Der Angriffsplan der bolschewistischen Führer der SED steht damit nach Angriffsgegenstand und Angriffsziel fest. Seine Verwirklichung ist für eine nahe Zukunft in Aussicht genommen“, hieß es in dem erwähnten Urteil. Also dienten die fünf Broschüren einem hochverräterischen Unternehmen. Besonders verwerflich sei es deshalb, den Abzug aller Besatzungstruppen, auch der westlichen, zu fordern. Denn wenn die Truppen der westlichen Alliierten nicht mehr in der BRD stünden, könnten die „bolschewistischen SED-Führer“ den von ihnen beabsichtigten Hochverrat in der Bundesrepublik ausführen!!!

Mit Bezugnahme auf dieses Urteil konnte man jeden, der ähnliche politische Ziele verfolgte wie die „bolschewistischen SED-Führer“, nämlich für die Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages einzutreten, zum Hochverräter machen. **RA Prof. Dr. Erich Buchholz**

## Warum die 68er seit 1989 ratlos sind

# Kein Himbeereis

Genau 35 Jahre ist es her, daß in Westberlin ein Neonazi dem Studentenfürer Rudi Dutschke in den Kopf schoß. Die Studenten in der alten BRD reagierten mit Blockaden des Springer-Verlages und versuchten die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern. Solche Aktionen gaben einer ganzen Generation von Intellektuellen die Bezeichnung „die 68er“.

Hier einige Gedanken zu dieser Bewegung, der ich selbst angehörte. Die Springer-Blockade war die erste politische Aktion, an der ich teilnahm. Wenn nun einig Kritische folgt, dann nicht aus der Position des ewigen Besserwissers. Ich habe zum großen Teil die Schwächen und Illusionen dieser Bewegung geteilt und sie da, wo ich die Dinge anders sah, nicht konsequent kritisiert. Die Kritik heute ist auch Selbstkritik.

Mein Lieblingszitat des „konkret“-Herausgebers Gremliza lautet sinngemäß: „Wenn die Intellektuellen zwischen Steckrüben und Verhungern wählen müssen, schreien sie nach Himbeereis.“ Das läßt sich gut auf die Weltsicht vieler 68er anwenden.

„Verhungern“ steht für den vorgefundenen Zustand, die Geschichte unserer Eltern bei den Nazis, für die verkrusteten Strukturen der BRD, für das Elend der Dritten Welt. Mit einem Wort: „Kapitalismus führt zum Faschismus. Kapitalismus muß weg!“ Soweit alles klar!

Und es gab „Steckrüben“ im Angebot. Ein paar Dutzend Kilometer östlich von Hamburg begann das Steckrüben-Land, wo nicht die alten Nazis auf den wichtigen Stühlen saßen, sondern deren Häftlinge, wo jeder Arbeit hatte und für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn, von wo aus an den Vietcong Medizin und Flugabwehrraketen gingen statt Napalm.

Aber es waren eben Steckrüben! Wie grau waren die Häuser, wie pingelig und unfreundlich die Grenzen, wie häßlich die Mauer. Wie langweilig das „Neue Deutschland“ war, wußten wir, ohne es zu lesen. Ein Blick auf das triste Layout genügte. Nein, wir wollten Himbeereis! Was uns störte, war natürlich nicht das Fehlen von Mallorca-Reisen und mindestens Mittelklassewagen, von Levis und Marlborough. Den „Konsum-Terror“ konnten wir ja nicht gut für die DDR einfordern. Uns fehlte an den Steckrüben die Freiheit. Wir wollten zwar gerne Springer enteignen, aber doch bitte nicht durch einen Staat, sondern am liebsten durch Räte von Druckereiarbeitern, Redakteuren und BILD-Lesern. Klar war BILD ein Schweineblatt für Hetze, Sexismus und Verdummung, aber den Laden schlicht dichtmachen, das wäre kein Himbeereis!

Biermann einfach Auftrittsverbot verpassen, das ging so nicht, wo er sich doch als Sozialist bezeichnete (natürlich als menschlichen, demokratischen, freiheitlichen, so wie Bahr und Brandt). Und selbst wenn die DDR Argumente hatte, daß diese drei Herren keine Sozialisten waren, sondern schlicht Konterrevolutionäre, so hät-

te sie ihnen doch nach unserer Vorstellung ein Forum für die argumentative Auseinandersetzung stellen müssen. Heute haben die meisten 68er ihre Vorstellungen von damals als Jugendtorheiten abgebucht, zusammen mit den Vorbehalten gegen das Konsum-Denken. Sie sind „angekommen“ und nicht mehr die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt, sondern die, die sich unsere Eltern immer gewünscht haben. Und die wenigen, die ihre alten Ideale nicht aufgegeben haben, stehen heute rat- und fassungslos vor der Weltlage: Es gibt keine Steckrüben mehr! Und sie selbst haben sich nach Kräften täuschen lassen und haben andere getäuscht, bis zum Schluß. Noch beim Schluß haben sie sich und anderen eingeredet, nun, da die Steckrüben vom Speiseplan verschwinden, müßten doch die Zeiten des Himbeereises anbrechen. „Keinem wird es schlechter gehen, und vielen besser“ – diesen Blödsinn haben die geschulten Denker mit Wonne geschluckt. Und natürlich sollte im „Haus Europa“ und weltweit der Frieden sich stabil etablieren, nun, da die Block-Konfrontation endete.

Inzwischen haben wir unsere Erfahrungen mit der Lage nach der „Wende“. Nicht nur in der alten DDR blühen in den Landschaften Unkräuter in den Industriebereichen, und als „Reformen“ verkauft man uns heute die Abschaffung des Sozialstaats, der bescheidenen wirklichen Reformen aus Bismarcks Zeiten. Und an Kriegen mit direkter Beteiligung der Großmächte haben wir in diesen 14 Jahren Irak, Bosnien, Jugoslawien, Afghanistan und noch einmal Irak gesehen, Fortsetzung folgt. Himbeereis? Pustekuchen!

Wer mit seiner Weltsicht und seinen Hoffnungen auf Himbeereis so baden gegangen ist, kann sich ja vielleicht doch einmal eine andere Erklärung anhören; besser platt und zutreffend als angeblich differenziert, kritisch und grundfalsch. Hier ist sie: Der Kapitalismus ist seit Marx und Lenin immer noch der alte, die damals entdeckten Gesetze wirken weiter. Der hohe Konsumstandard in der alten BRD war nicht etwa einem veränderten Wesen des Kapitalismus geschuldet, sondern hauptsächlich einem damals geänderten Kräfteverhältnis und der Notwendigkeit, die Proleten in der Nachbarschaft des Steckrübenlandes von dummen Gedanken abzulenken. Die DDR saß als dritter Tarifpartner mit an den Tischen, wo die Klassenkompromisse ausgehandelt wurden. Das konnte man schon damals daran sehen, daß gerade in der BRD die Krümel vom Tisch des Kapitals dichter unter die Proleten fielen als etwa in England und den USA, von der Dritten Welt ganz zu schweigen. Noch deutlicher sieht man es heute daran, in welchem Tempo die Krümel inzwischen wieder eingesammelt werden. Eine objektive Untergrenze für den Wert der Arbeitskraft gibt es nicht, kein Gesetz hindert das Kapital daran, den Lebensstandard weltweit unter Kalkutta-Niveau zu drücken. Die Grenze

nach unten ist subjektiv. Sie könnte sich mit wachsendem Selbstbewußtsein und Kampfbereitschaft der Proleten festigen. Dazu würde allerdings wachsende Klarheit über Kapitalismus und Sozialismus gehören.

Auch was Krieg und Frieden angeht, sei an einige alte Einsichten erinnert. Die Kriegsgefahr und die „Stellvertreter-Kriege“ gingen auch zu 68er Zeiten nicht von den Supermächten aus, sondern vom Imperialismus. Das ist nachzulesen bei Lenin „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und wurde 1916 geschrieben. Bis 1917 ließen die Imperialisten „ihre“ Völker sich zerfleischen, um ihren jeweiligen Anteil an der Weltherrschaft und -ausbeutung zu vergrößern oder zu verteidigen, entsprechend dem sich ändernden Kräfteverhältnis. Das ist das Wesen dieses Systems und endet auch erst mit dem System.

Von 1917 bis zur „Wende“ kam ein neues Element ins Spiel. Zunächst bestand neben der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren ein gemeinsames Bestreben, den Sozialismus möglichst noch in der Wiege zu erwürgen. Der geschickten Bündnispolitik der Sowjetunion war es geschuldet, daß der Zweite Weltkrieg nicht nur gegen den Sozialismus geführt wurde, sondern auch zwischen den imperialistischen Zentren. So stand die SU im Bündnis mit den stärksten Imperialisten gegen die aggressivsten.

Danach war der Sozialismus so gestärkt und der Imperialismus so geschwächt, daß die Imperialisten unter Führung der USA alle Kräfte konzentrierten und interne Konflikte zurückstellten, um den Sozialismus doch noch, wirtschaftlich oder militärisch, zu besiegen. Vierzig Jahre ohne Weltkrieg sind ausschließlich der Macht des Sozialismus geschuldet. Die fünf großen Kriege in den letzten 14 Jahren dagegen sind nur ein Vorgeschmack auf das Kommende. Schon im Irak-Krieg formierten sich als Hauptgruppen die USA und England gegen Deutschland, Frankreich und Rußland.

Dieser Gegensatz wird sich verschärfen, bis zum Krieg zwischen den Großmächten, wenn sich die Menschen nicht rechtzeitig auf Steckrüben einigen. Das müssen in erster Linie die guten alten Proleten tun, aber es wäre schon eine Hilfe, wenn dabei ein größerer Anteil der Intellektuellen aufhören könnte, sie mit ihrem Geschrei nach Himbeereis zu verwirren.

**Fritz Dittmar, Hamburg**

Ein langjähriger treuer Leser, Ratgeber, Freund und Genosse ist von uns gegangen. Achtzigjährig verstarb in Düsseldorf der standhafte Kämpfer für unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung

## Wolfgang Wallenwein

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Die Füße auf dem Boden, den Kopf in den Büchern

# Als Bauer in der DDR (7)

Der LPG-Vorsitzende schlug mich in der Jahreshauptversammlung am 12. Februar 1970 als seinen Nachfolger vor. Ich wurde einstimmig gewählt. Das besagte nicht viel, denn nach dieser Funktion drängte sich niemand. Einer meiner Vorgänger beschrieb die Situation treffend: „Man hat immer mit zwei Seiten zu kämpfen, mit oben und mit unten. Aber der Kampf mit unten ist leichter.“ Wie recht er hatte! Ich erläuterte der Vollversammlung meine Schwerpunkte: straffere Realisierung der Beschlüsse durch Einbeziehung der Mitglieder des Vorstandes in die Leitungsaufgaben; jedes von ihnen übernimmt die Kontrolle über einen Produktionsbereich und berichtet darüber regelmäßig in den Vorstandssitzungen; Abschluß von innerbetrieblichen Verträgen zwischen dem Vorstand und den Brigaden. Ihnen werden die erforderlichen Betriebsmittel für die Planerfüllung, die Vergütung und – bei Übererfüllung – die Prämien zugesichert. Die Verantwortung trug ich gern. Nun konnte ich ohne den bisherigen Umweg über den Vorsitzenden die Entwicklung der Genossenschaft direkt beeinflussen. Das Fernsehen der DDR berichtete regelmäßig über Vorgänge und Fortschritte in der Landwirtschaft. Einmal wöchentlich strahlte es die Sendung „Fernsehakademie“ aus, in der Wissenschaftler sehr praxisnah betriebswirtschaftliche Probleme behandelten. Außerdem gab es Studienhefte, nach denen wir uns im Winterhalbjahr weiterbildeten.

Trotz der hohen Arbeitsbelastung nahm ich mir Zeit für kulturelle Veranstaltungen. Zum Internationalen Frauentag gestaltete die Ortsgruppe des Demokratischen Frauenbundes (DFD) gemeinsam mit mir ein Programm, dem Texte von Kurt Tucholsky zugrunde lagen. Wir luden alle Frauen des Dorfes ein. Die Musik zwischen den Wortbeiträgen spielte ich von meinen Schallplatten. Anlässlich des Albrecht-Dürer-Gedenkjahres 1970 ließ ich kurzerhand eine Sitzung ausfallen. Statt dessen fuhr der gesamte Vorstand zu einer Dürer-Ausstellung nach Ulbersdorf. Der Kulturbund hatte sie organisiert, und der Initiator Karl Richter staunte nicht schlecht über unser Erscheinen. Kollektive Ausstellungsbesuche waren auf dem Dorf etwas Neues.

Der krönende Abschluß nach den Anstrengungen der Ernte 1970 wurde eine gemeinsame Elb-Schiffahrt aller Mitglieder von Bad Schandau nach Ustí. Als ich diesen Vorschlag äußerte, hatte Gerhard Schaffrath noch geschimpft: Ob wir das Geld nicht für etwas Vernünftigeres ausgeben könnten? Während der Fahrt aber saß er mit seinem Fernglas stundenlang an Deck. Er hätte am liebsten auf das Essen verzichtet. Als wir zur Erleichterung der schweren Arbeit beim Weidebau eine Pfahlramme angeschafft hatten, rannte Gerhard Schaffrath fort, schimpfte auf das

„Deifelszeug“ von Technik und schlug die Pfähle weiter mit dem schweren Zehnpfünder in die Erde. Ja, er war schon ein rechter Sonderling. Weihnachten 1970 schenkte die LPG den Kindern der Mitglieder Eintrittskarten für ein Kasperletheater in Sebnitz. Auf dem Rückweg hielten wir im „Almenhof“. Für die Kinder gab es eine Bescherung, und ich trat als Weihnachtsmann auf.

Anfang 1971 begann die Modernisierung des Milchviehstalles und des Melkhauses. Wir installierten eine Rohrmelkanlage mit unterirdischer Milchleitung zum Melkhaus. Wegen der Hanglage des Kuhstalles errichteten wir eine etwa zehn Meter hohe Betonmauer. Darunter befand sich die Dungplatte mit Sickergrube für die Jauche. Damit endete die jahrelange Umweltverschmutzung. Die Grube mußte natürlich regelmäßig geleert werden.

Mit dem Baubetrieb, der Landbauvereinigung Polenz, gab es dauernd Ärger. Der Leiter war ein Schlaumeier, aber sein Betrieb schien ihm über den Kopf zu wachsen. Es gab so viele Verzögerungen während der Bauausführung, daß ich ihn mehrmals in der Woche zu mir bestellen mußte. Früh um sechs war Arbeitsbeginn, aber oft saßen seine Leute noch um sieben beim Kartenspiel in der Baubude. Als ich bemerkte, daß unsere LPG-Mitglieder, die als Handlanger eingeteilt waren, sich dazugesellten, riß bei mir der Geduldsfaden. „Wollt Ihr nicht endlich mal anfangen?“, stellte ich sie zur Rede. Ich wollte auf keinen Fall, daß die bisher gute Arbeitsmoral verdorben würde. Nachdem sie sich endlich in Bewegung gesetzt hatten, ließ ich den zuständigen Bauleiter zu mir kommen. Es folgte eine heftige Auseinandersetzung.

Da machte mir unsere Viehzucht schon mehr Freude. Die durchschnittliche Milchleistung stieg auf 3500 Kilogramm. Unsere Spitzenkuh kam sogar auf 6800 kg. Um zu unseren Tieren auf die Weide zu gelangen, mußte ich erst eine Koppel mit Obstbäumen durchqueren. Lange ging es gut. Eines Tages fuhr ich mit dem Motorrad über eine umgedrehte Egge. Die Zinken ragten nach oben und waren im dichten Gras nicht zu sehen. Sofort verlor die Maschine auf beiden Reifen die Luft. Vor Überraschungen ist man sich nie sicher. Natürlich war es niemand gewesen. Hatte Paul, der Landeigentümer, etwas gegen mich? Seine Frau Frieda wiegelte ab: „Nein, so etwas macht der Paul nicht.“ Warum aber suchte er nicht das Gespräch mit mir?



Es gab auch Leute, die, ohne sich Sozialisten zu nennen, Tag für Tag als solche handelten. Dabei denke ich an den Traktoristen der MTS, Karl Fink, der – wenn er Feierabend hatte – seinen Raupenschlepper an der Waidsdorfer Kreuzung abstellte und die sieben Kilometer zu Fuß heim nach Krumhermsdorf lief. Er war nicht so verwöhnt wie viele andere, die Kilometergeld forderten oder gefahren werden wollten. Zahlte die LPG nicht, drohten sie, in einen Industriebetrieb abzuwandern, der besondere soziale Vergünstigungen böte. Ich fragte mich, ob wir uns das auf Dauer leisten konnten. Da war auch jener Bauarbeiter aus Rückersdorf, der die Bummelei anderer nicht mitmachte, sondern unverdrossen allein weiterarbeitete. Für sie alle traf das Wort Lenins zu, daß „der Kommunismus“ dort beginnt, „wo einfache Menschen sich um die Produktionssteigerung Gedanken machen ... nicht so sehr zu ihrem eigenen Nutzen, sondern zum Nutzen der ganzen Gesellschaft“. Sie kannten wahrscheinlich Lenins „Große Initiative“ nicht. Sie brauchten auch die immer wieder stattfindenden Anleitungen und Parteikonferenzen nicht, von denen ein Freund sagte: „Jetzt überzeugen sie wieder die Überzeugten.“ Sie handelten verantwortungsvoll und gingen mit dem gemeinschaftlichen Eigentum ebenso um wie mit ihrem persönlichen.

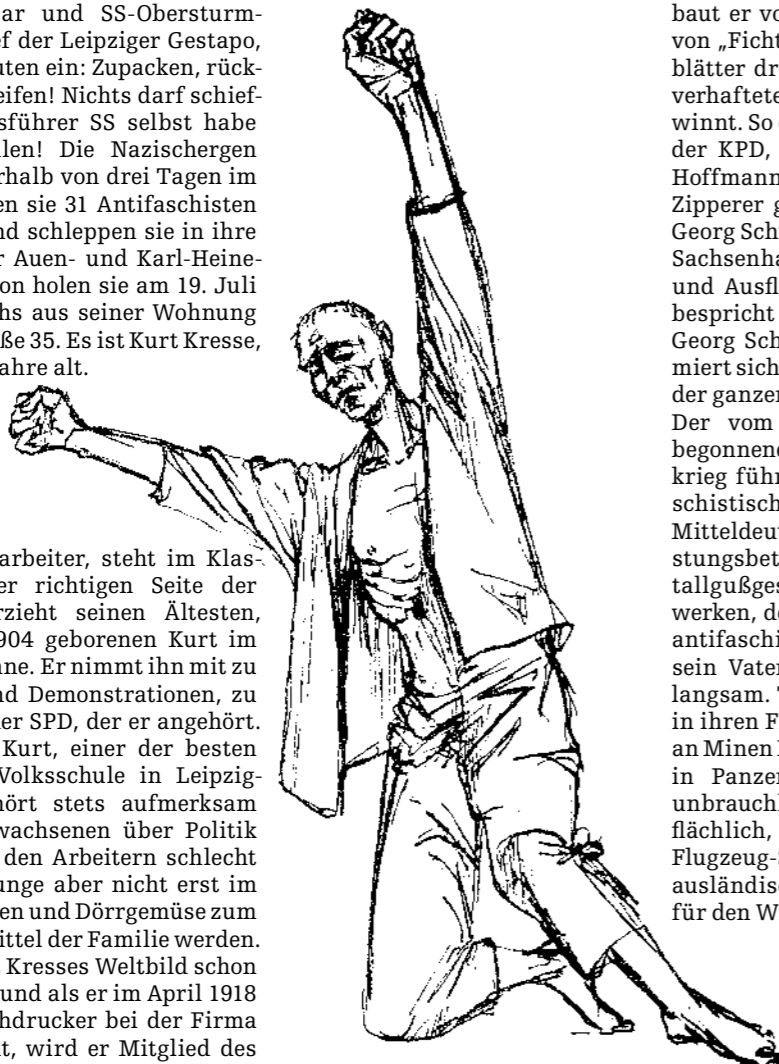
Auf einem Drei-Tage-Lehrgang in der Parteischule Ottendorfer Burg saß Rudi Mersiowsky, Bürgermeister aus Ehrenberg, neben mir. Als ein Sekretär der Bezirksleitung an das Rednerpult trat, gab es wie immer Beifall. Ich neigte mich zu Rudi: „Personenkult!“ Rudi wurde nachdenklich: „Ich habe auch geklatscht.“

**Werner Döring, Hohnstein**

## Vom kommunistischen Widerstand in der Messestadt

# Helden aus Leipzig

Kriminalkommissar und SS-Obersturmführer Koops, Chef der Leipziger Gestapo, schärft seinen Leuten ein: Zupacken, rücksichtslos durchgreifen! Nichts darf schiefliegen. Der Reichsführer SS selbst habe die Aktion befohlen! Die Nazischergen schlagen zu. Innerhalb von drei Tagen im Juli 1944 verhaften sie 31 Antifaschisten der Messestadt und schleppen sie in ihre Folterkeller in der Auen- und Karl-Heine-Straße. Einen davon holen sie am 19. Juli früh um halb sechs aus seiner Wohnung in der Kanzlerstraße 35. Es ist Kurt Kresse, Buchdrucker, 40 Jahre alt.



Der Vater, Metallarbeiter, steht im Klassenkampf auf der richtigen Seite der Barrikade. Er erzieht seinen Ältesten, den am 5. Mai 1904 geborenen Kurt im proletarischen Sinne. Er nimmt ihn mit zu Kundgebungen und Demonstrationen, zu Versammlungen der SPD, der er angehört. Der aufgeweckte Kurt, einer der besten Schüler der 32. Volksschule in Leipzig-Kleinzschocher, hört stets aufmerksam zu, wenn die Erwachsenen über Politik sprechen. Daß es den Arbeitern schlecht geht, spürt der Junge aber nicht erst im Krieg, wo Kohlrüben und Dörrgemüse zum Hauptnahrungsmittel der Familie werden. So formt sich Kurt Kresses Weltbild schon in jungen Jahren, und als er im April 1918 die Lehre als Buchdrucker bei der Firma Ernst Keil beginnt, wird er Mitglied des Arbeiterjugendbildungsvereins und der Sozialistischen Proletarierjugend, die ihn 1921 zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Kleinzschocher wählt. Die schäbige Politik rechter SPD-Führer spaltet auch die proletarische Jugendbewegung. Die Freie Sozialistische Jugend, die sich wenig später Kommunistische Jugend nennt, entsteht. Die Leipziger Organisation wird schnell zu einer ihrer größten und stärksten. Bewährte Klassenkämpfer wie Georg Schumann, William Zipperer, Alfred Kästner kümmern sich intensiv um ihren Parteinachwuchs.

Ende 1922 muß Kurt Kresse die Messestadt mit den großen sozialistisch-revolutionären Traditionen verlassen. Den Druckereibesitzern und den Gewerkschaftsbonzen paßt die politische Aktivität des 18jähri-

gen nicht. Sie geben ihm keine Arbeit mehr. Für zwei Jahre geht er nach Meuselwitz als Bergarbeiter und Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses. Das bringt ihm die erste Haftstrafe im Altenburger Gefängnis ein.

Nach Leipzig zurückgekehrt tritt er in die KPD ein, nimmt dafür in Kauf, daß ihn die Kapitalisten immer nur zeitweilig oder aushilfsweise beschäftigen. Um so tatkräftiger handelt er für die Partei als politischer Leiter im Wohngebiet, im RFB, in der Roten Hilfe, in der Sportbewegung und schließlich als gewähltes Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen der KPD. Die Nazis holen Kurt Kresse als einen der ersten, schleppen ihn in das KZ Colditz. Trotz Folter verrät er nichts, man muß ihn wieder freilassen. Zurück in Leipzig

baut er vor allem mit Genossen und Sportfreunden von „Fichte-West“ eine illegale Gruppe auf, die Flugblätter druckt und vertreibt, Hilfe für die Familien verhafteter Antifaschisten leistet, Mitkämpfer gewinnt. So entsteht schließlich eine Stadtorganisation der KPD, deren Leitung von den Genossen Arthur Hoffmann, Karl Jungbluth, Kurt Kresse und William Zipperer gebildet wird. Hinzu kommt im Mai 1939 Georg Schumann nach seiner Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen. Man trifft sich bei Familienfesten und Ausflügen, im Konzertsaal und in Gaststätten, bespricht die Aufgaben, koordiniert die Arbeit. Mit Georg Schumann, Kurt Kresse und Otto Engert formiert sich schließlich der politisch-ideologische Kopf der ganzen Organisation.

Der vom faschistischen deutschen Kapitalismus begonnene Eroberungs-, Raub- und Vernichtungskrieg führt zur erheblichen Verstärkung des antifaschistischen Kampfes in der größten Industriestadt Mitteldeutschlands. In siebzehn wichtigsten Rüstungsbetrieben, so in den Hasag-Werken, der Metallgußgesellschaft, den Mitteldeutschen Motorenwerken, den Erla-Maschinenwerken GmbH, arbeiten antifaschistische Gruppen. „Treibt Sabotage. Wer sein Vaterland liebt, hilft Hitler stürzen. Arbeitet langsam. Tut alles, was dem Krieg schadet“, heißt es in ihren Flugblättern. Und sie handeln auch, lockern an Minen Dichtungsringe, bauen leere Zündblättchen in Panzerfäuste ein, machen Infanteriemunition unbrauchbar, schweißen Geschützrahmen oberflächlich „vergessen“, Fett in die Federgehäuse von Flugzeug-Schnellfeuerwaffen zu geben. Sie gewinnen ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene für den Widerstand.

Im Frühjahr 1943 erarbeitet die Dreiergruppe Schumann, Engert, Kresse „Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft“, eine politische Plattform für den Kampf aller Nazizegner. Sie stellen die Verbindung zur Neubauer-Poser-Gruppe in Thüringen, zur Berliner Organisation von Anton Saefkow und Franz Jakob sowie zu Martin Schwantes und seinen Genossen in Magdeburg her. In ihrem unmittelbaren Tätigkeitsbereich bauen sie Beziehungen zu Antifaschisten in Meuselwitz, Zeitz, Halle, Merseburg, Leuna, Chemnitz, Dresden und anderen Orten auf. Ihre Flugblätter gehen nach Bayern, Hamburg, Breslau, Wien, ins Ruhrgebiet sowie in Truppenteile der Wehrmacht. Schließlich gelingt auch eine Verbindung zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in Moskau sowie zur französischen Leitung des Komitees in Paris. Zu Mitstreitern der Schumann-Engert-Kresse-Organisation werden im zunehmenden Maße auch ehemalige Sozialdemokraten. In die Hände der Gestapo gefallen, bleiben die Leipziger Antifaschisten standhaft. Trotz bestialischer Mißhandlungen stehen sie zu ihrer Überzeugung, zu ihren Handlungen. Die Nazis rächen sich an den tapferen Männern. Am 11. Januar 1945 kurz nach 18 Uhr werden Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse in Dresden hingerichtet. Einen Tag darauf folgen ihnen sieben weitere Kampfgenossen in den Tod.

Günter Freyer

## Wie deutsche Ärzteverbände 1933 mit jüdischen Medizinern umsprangen

# „Stürmisches Bravo und Händeklatschen“

Mit der Übertragung der politischen Macht an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 begann vor 70 Jahren die finsternste Periode der deutschen Geschichte, die durch psychischen Druck und physischen Terror gegen Andersdenkende und anders Aussehende gekennzeichnet war. Der ersten Verhaftungswelle von Kommunisten und linken Intellektuellen, die nach dem Brand des Reichstages am 27. 2. 1933 begann, folgten bald kollektiv gegen jüdische Bürger gerichtete Diskriminierungen. Als Berufsgruppen waren davon Mediziner und Juristen besonders betroffen.

Bereits am 17. 3. 1933 verfügte der seit dem 15. März amtierende Berliner Staatskommissar Julius Lippert, der später Oberbürgermeister der Reichshauptstadt wurde, die Entlassung aller jüdischen Ärzte aus den Krankenhäusern, „um der ärmeren Bevölkerung garantieren zu können, von deutschstämmigen, auf christlich-nationalem Boden stehenden Ärzten behandelt“ zu werden. Ebenfalls im März 1933 beschloß der Deutsche Ärztevereinsverband, den Rücktritt von Juden aus den Vorständen ärztlicher Organisationen zu fordern, gleichfalls derjenigen, die sich „der Neuordnung innerlich nicht anschließen“. Dieser Haltung entspringen sicher auch die Huldigungstelegramme, die den Reichspräsidenten von Hindenburg als „Schirmherrn der nationalen Erhebung“ bezeichnen und dem „Herrn Reichskanzler“ treueste Pflichterfüllung im Dienste der Volksgesundheit geloben. Sie finden sich im Deutschen Ärzteblatt vom 30. 3. und in den Ärztlichen Mitteilungen vom 1. 4. 33 abgedruckt.

Solche verfassungswidrigen Maßnahmen wurden rückwirkend durch Zustimmung einer Mehrheit von noch im Deutschen Reichstag verbliebenen Abgeordneten zum sogenannten Ermächtigungsgesetz (24. 3. 1933) nicht einmal formal legalisiert, denn mit diesem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ wurden die Verfassung von Weimar (1919) de facto außer Kraft gesetzt und das Parlament seiner Rechte beraubt. Eine historische Reminiszenz erfordert außerdem den Hin-

weis darauf, daß schon am 9. 3. 1933 die 81 Reichstagsmandate der KPD annulliert worden waren und daß sich auch 20 Abgeordnete der SPD bereits in Haft befanden. Sie fehlten somit beim Votum den 94 Neinstimmen ihrer Fraktion. Die Zustimmung aller Abgeordneten der bürgerlichen Parteien zum Ermächtigungsgesetz reflektiert wohl zweifelsfrei die Zustimmung des deutschen Bürgertums zu jenen Aktionen. Diese waren im NS-Parteiprogramm vorgegeben und zeichneten mit den ersten politischen Repressionen gegen Andersdenkende und anders Aussehende den Weg hinsichtlich einer zukünftigen staatlichen Entwicklung im Deutschen Reich vor.

Daß große Kreise der deutschen Ärzteschaft Maßnahmen begrüßten, durch welche viele ihrer Kollegen ausgegrenzt wurden, beweist das Verhandlungsprotokoll der 57. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. Der Kongreß fand vom 19. bis 22. April 1933 in Berlin statt, also drei Wochen nach dem ersten seitens der NSDAP reichsweit durchgeführten Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte. Trotz des wohl noch frischen Eindrucks einer solchen Diskriminierung von Landsleuten und honorigen Berufskollegen stimmten die Anwesenden „lebhaft und anhaltend“ den Äußerungen zu, welche die Urheber dieser Gewaltakte und ihre Taten lobten. Bereits der zweite Satz der Eröffnungsansprache des Kongreßpräsidenten Prof. Dr. W. Röpke (Wuppertal-Barmen) spiegelte den Geist dieser Tage wider: „Mein Willkommensgruß erklingt um so lauter und freudiger, als wir im Zeichen einer neuen verheißungsvollen Zeit stehen. Möge der Segen des Höchsten über allem walten, das zur Einigkeit und Größe Deutschlands führt. Möge er auch in seine schützende Hand alle die Führer nehmen, die diesem hohen Ziele ihre ganze Kraft und Arbeit gewidmet haben ...“ Gegen Ende der Rede bezieht W. Röpke eine noch deutlichere Stellung gegen jene Republik, in der er zum Chefarzt in einem Städtischen Krankenhaus berufen wurde: „Die Farben unseres alten Reiches – schwarz, weiß und rot –, unter denen in

glorreicher Zeit die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie gegründet wurde, grüßen uns zur diesjährigen Tagung zum ersten Male wieder und mit ihnen die Zeichen des neu erwachten Deutschen Volkes. Mögen die Hoffnungen und Wünsche, die wir daran knüpfen, in reichem Maße in Erfüllung gehen.“ „Stürmisches Bravo und Händeklatschen“ wird im Kongreßbericht als Reaktion des Auditoriums verzeichnet. Eine ähnliche Zustimmung erhält W. Röpke nach dem Verlesen von Grußtelegrammen. An den Reichspräsidenten v. Hindenburg schrieb man: „Die zu ihrer diesjährigen Tagung versammelte Deutsche Gesellschaft für Chirurgie entbietet im Gelöbnis treuester Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches die ehrerbietigsten Grüße.“ Und an den Reichskanzler Adolf Hitler: „In der Zusicherung treuester Mitarbeit am Wohle des deutschen Volkes sendet die zu ihrer diesjährigen Tagung versammelte Deutsche Gesellschaft für Chirurgie ergebenste Grüße, verbunden mit herzlichsten Glückwünschen zum Geburtstag.“

„Lebhaftes Bravo und Händeklatschen“ dokumentieren im Tagungsbericht ein mehrheitliches Verhalten akademisch Gebildeter, das uns heute noch betroffen machen muß. Vor allem wohl wegen der offensichtlich von sehr vielen Anwesenden akklamierten Akzeptanz einer Regierung, die zu dieser Zeit schon mit Terrormaßnahmen agierte und als gesellschaftliche Norm militanten Antisemitismus nicht nur tolerierte, sondern aktiv propagierte. Dessen Opfer waren sicher auch Persönlichkeiten im kollegialen Umfeld der anwesenden Chirurgen, die somit gegen eines der hippokratischen Gebote handelten, ganz zu schweigen vom Mißachten humaner Normen.

Allerdings waren die Vorteile schon absehbar, die ihnen aus dem am 7. 4. 1933 verkündeten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erwachsen würden, wenn sie denn nicht jüdisch und politisch nicht mißliebig wären: Sie konnten in die Stellen nachrücken, die im öffentlichen Dienst durch Entlassung ihrer nunmehr durch Gesetz stigmatisierten Kollegen frei geworden waren. So wurden nach 1933 allein an der Medizinischen Fakultät der Berliner Universität 138 Professoren und Dozenten aus sogenannten rassistischen oder aus politischen Gründen vom Hochschulbetrieb verbannt. Der Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf hat literarisch in seinem Stück „Professor Mamlock“ die politische und menschliche Problematik des Geschehens jener Wochen im Frühjahr 1933 eindrucksvoll gestaltet.

em. Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke  
Aus einem Vortrag, der am 2. April 2003 vor dem Berliner Verein „Medizin und Gesellschaft“ gehalten wurde. Prof. Franke ist gemeinsam mit seiner Frau Anneliese Autor der gerade erschienenen Publikation „Jüdische Ärzte in Berlin“.



Nach der Reichspogromnacht: „Auszug der Juden“ aus Regensburg ins KZ Dachau

**Zum „Avante!“-Fest nach Lissabon!**

Noch sind einige Plätze für die Reise nach Portugal zum großen Pressefest der KP-Zeitung „Avante!“, das traditionell am ersten September-Wochenende stattfindet, beim befreundeten **Reisebüro tuk** für „RotFuchs“-Leser und Sympathisanten zu haben. Interessenten melden sich umgehend bei Reiseleiter Frank Bochow, ehemaliger Botschafter der DDR in Portugal, unter 0 30/4233330.



## Warum Gruppeneigentum im Sozialismus nicht bestimmend sein kann

# Marx und Engels weiter aktuell

Es wurde bereits darauf hingewiesen (RF 64), daß das Gemeineigentum an den grundlegenden Produktionsmitteln (Volkseigentum) die Form des staatlich organisierten Eigentums annehmen muß. Die Schaffung von Gruppeneigentum als vorherrschendem Eigentum im Sozialismus und als künftigen Gesellschaftsmodell ist abzulehnen. Dies ergibt sich schon aus der so nicht erreichbaren planmäßigen Entwicklung und Optimierung des volkswirtschaftlichen Ganzen.

Das Gruppeneigentum, soweit es als vorherrschendes gesellschaftliches Eigentum angestrebt wird, muß in enger Beziehung zur Gesellschaftskonzeption des Anarchismus (anarchia – grch. – ohne Staat, ohne Zentralgewalt und Autorität) gesehen werden. Das Ziel seiner Verfechter ist ein föderalistischer, sozialer und ökonomischer Aufbau der Gesellschaft, wobei die Sozialisierung nicht durch eine zentralisierte politische Macht, sondern durch Kooperation und Assoziation, durch Gegenseitigkeit der Arbeiter und Bauern erreicht werden soll. Betont wird die persönliche Verantwortung des einzelnen, bedingt durch seine individuelle Interessenlage. Die theoretischen Begründungen dieser Konzeption waren der Engländer William Godwin, der Franzose Pierre Joseph Proudhon (der als erster den Begriff „Anarchismus“ prägte) und der Deutsche Max Stirner. Der Glaube an Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit, von gleicher Verteilung der Produktionsmittel und daran, alle Arbeiter in Warenproduzenten und Kleineigentümer verwandeln sowie die Staatsgewalt verdrängen und somit den Kapitalismus reformieren zu können, erweist sich als Utopie.

Karl Marx setzte sich mit den philosophischen und ökonomischen Auffassungen Proudhons in seinem Werk „Elend der Philosophie“ (1847) auseinander und kritisierte ihren idealistischen und kleinbürgerlichen Charakter.

Wenn das Gruppeneigentum als prägendes ökonomisches Gesellschaftsmodell verneint wird, so ist die Bildung von Genossenschaften im örtlichen und regionalen Maßstab, vor allem für kleine und mittlere Betriebe in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft aus Effektivitätsgründen zweckmäßig. Gleiches trifft auf das kommunale Eigentum zu. Hier könnte das Gruppeneigentum für die bewußte Identifizierung der Bürger mit dem vergesellschafteten Eigentum von Bedeutung sein.

Das Gemeineigentum (Volkseigentum) als staatliches Eigentum muß im Sozialismus gegenüber anderen Eigentumsformen die Vorherrschaft haben, wobei auch privates Eigentum an Produktionsmitteln nicht ausgeschlossen werden soll.

Bei der Strukturierung des staatlich organisierten Eigentums ist davon auszugehen, daß den Wirtschaftsunternehmen (Betrie-

ben), die eine ökonomische Selbständigkeit besitzen, nicht originäre Eigentumsrechte übertragen werden, sondern abgeleitete, in Form von Befugnissen. Der sozialistische Staat ist in diesen Fällen das einzige Subjekt des Eigentumsrechts. Weitere Eigentumsobjekte für das Volkseigentum gibt es bei einer derartigen politischen Konstruktion nicht. Die subjektive Befugnisregelung der Betriebe erfolgt auf der Grundlage der Regelungen des objektiven Eigentumsrechts. Wertvolle Gedanken für eine solche Modellierung hat übrigens die Wirtschaftsrechtswissenschaft der DDR geleistet (U.-J. Heuer, W. Panzer, G. Pflücke, R. Schüsseler, H. Such). Ihre Beiträge und Vorschläge zielten auf einen besseren Funktionsmechanismus des staatlichen Eigentums ab. U.-J. Heuer machte zu Recht darauf aufmerksam, daß staatliches Eigentum nur in dem Umfang wirkliches gesellschaftliches Eigentum werden kann, in dem sich die sozialistische Demokratie als echte Selbstentscheidung und Mitwirkung der Werktätigen entwickelt. Es steht außer Frage, daß deren bewußte Identifizierung mit dem Volkseigentum im Zusammenhang mit dem demokratischen Zentralismus neu auf die Tagesordnung zu setzen ist. Gleiches trifft für die sozialistische Warenproduktion und die künftige Rolle des Marktes zu. Erörterungswürdig ist auch der Platz der Gewerkschaften und der Betriebsräte als gesellschaftlicher Korrektive in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Ein wesentlicher Aspekt der Eigentumsfrage ist der internationale Bezugspunkt.

Dieser resultiert aus der die Ländergrenzen überschreitenden Verflechtung des Kapitals, insbesondere im Rahmen der Europäischen Union (EU). Politisches Konfliktpotential ist durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam, nicht zuletzt durch die Einforderung rücksichtsloser Privatisierung, gegeben. Schon aus diesem Grunde muß man bei der Strategienbildung stets die internationale Komponente beachten. Sie hat eine Kampfansage an den Imperialismus darzustellen. Unumgänglich ist die Kursnahme auf eine gemeinsame politisch-inhaltliche Plattform unter Einbindung der Eigentumsfrage. Sie muß sich auf koordinierte Aktionen der Linken in mehreren Ländern stützen können und auf die Überwindung des aggressiven Kapitalismus, auf die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung gerichtet sein.

Die prophetischen Worte von Marx und Engels haben nichts an Aktualität eingebüßt. In der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten betonten sie: „Es ist unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit fortgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind.“ **Prof. Dr. Werner Roß**

## DKP-Wahlerfolg in Reinheim

In der Stadt Reinheim (Odenwald) hat die DKP-Kandidatin für das Bürgermeisteramt Renate Grieger einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Im Ergebnis langjähriger und fester Verankerung der örtlichen Parteiorganisation in der Reinheimer Kommunalpolitik und ihres konstruktiven und kämpferischen Wahlauftrufs erhielt Renate Grieger 12 Prozent der abgegebenen Stimmen. 874 Bürgerinnen und Bürger votierten für die kommunistische Kandidatin. Vor sechs Jahren waren auf ihre Liste 670 Stimmen (7,4 %) entfallen. **Glückwunsch, Renate Grieger!** **R. F.**

## Innenminister Schily erhielt Revanchisten-Medaille

# Ein verlässlicher Freund

Der frühere RAF-Anwalt und heutige SPD-Rechtsaußen Otto Schily ist nicht nur als Minister für innere Repression des Schröder-Kabinetts ein Begriff. Jetzt ist er auch ein ausgewiesener Revanchist. Wie anders soll man den Träger der Wenzel-Jaksch-Medaille des Bundes der Vertriebenen bezeichnen, hat er doch die ihm verliehene „hohe Auszeichnung“ nicht ausgeschlagen? Der Revanchistenorden wurde Schily von der CDU-Bundestagsabgeordneten Steinbach, die an der Spitze des Bundes der Vertriebenen steht, unlängst auf einem

Kongreß feierlich überreicht. Frau Steinbach würdigte bei dieser Gelegenheit die herausragenden Verdienste des Schröder-Ministers um die „Sache der Heimatvertriebenen“.

Es dürfte Tschechen, Polen und Russen im „Sudetenland“ und in den „ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches“ unheimlich beruhigen, zu wissen, daß das Innenressort der BRD-Regierung von einem verlässlichen Freund ... der Revanchisten ... geleitet wird. **C. A.**

## Kindergärten in der DDR – pädagogischer Auftrag und soziale Leistung

# Was die BRD nicht hatte



Arbeit und für die pädagogische Führung sowie für die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen.

Im Verlauf der Entwicklung der DDR wurden schrittweise die materiellen und personellen Voraussetzungen geschaffen, damit alle Kinder, deren Eltern das wünschten, einen Kindergarten besuchen konnten, und zwar ganztägig. Betraf das 1955 etwa 35 % der Kinder der betreffenden Altersgruppe, so waren es in den 80er Jahren 95 % und mehr der drei- bis sechsjährigen Mädchen und Jungen. Damit wurden die Kindergärten zu einem wichtigen Bestandteil der sozialen Maßnahmen zur Unterstützung der Berufstätigkeit der Frauen und zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Auch nicht wenige Pädagoginnen erhielten so die Möglichkeit, sich voll ihrem Beruf zu widmen.

Ein immer wieder betontes Anliegen war die Sorge um die gesunde Entwicklung der Kinder. Sie reichte von der gesundheitsfördernden Gestaltung des Lebens in den Kindergärten (Tages- und Wochenablauf, spezielle Angebote für Bewegungsaktivitäten, sportliche Betätigungen, frische Luft, gesunde Ernährung, Spiel und Wandern im Freien u. a.) bis zu regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen und Impfungen.

Der Vorbereitung auf das Lernen in der Schule dienten sog. Beschäftigungen, die ein- bis zweimal pro Tag mit ca. 15–20 Minuten Dauer durchgeführt wurden und deren Inhalt vor allem die Sprachentwicklung der Kinder, die Kinderliteratur, die Natur, bildnerisch-praktische und konstruktive Tätigkeiten, das Singen und die Musik, der Sport und auch die Entwicklung elementarer mathematischer Vorstellungen waren. Vor allem zwischen den Erzieherinnen der älteren Gruppe, d. h. der 5 bis 6jährigen Kinder, und den Lehrerinnen der zukünftigen ersten Klasse der Schule gab es eine enge Zusammenarbeit.

Übrigens: Der Besuch von Kindergärten war freiwillig und unentgeltlich. Nach dem Stand vom 30. September 1988 gab es in der DDR 13084 Kindergärten mit 890311 Plätzen. In ihnen waren 90570 pädagogische Kräfte tätig. Das bedeutet, daß auf ca. zehn Kinder eine Erzieherin kam. Kindergärten waren in der DDR Bestandteil des Bildungssystems und hatten einen pädagogischen Auftrag, der Betreuung und Fürsorge für die Entwicklung der Kinder einschloß. Mütter und Väter legten großen Wert darauf, daß ihre Kinder einen Kindergarten besuchen konnten. Nicht, um sie dort „abzugeben“, sondern weil sie in diesen Einrichtungen Stätten sahen, in denen ihre Kinder nicht nur gut versorgt, sondern auch von pädagogischem Personal mit entsprechendem Fachschulabschluß betreut, erzogen und gebildet wurden. Zwischen Erzieherinnen und Eltern bestand eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Entsprechend ihrem pädagogischen Auftrag oblag den Kindergärten, eine harmonische, geistige und sprachliche Entwicklung der Kinder zu gewährleisten; moralische und ästhetische Gefühle und Einstellungen zu entwickeln; Charaktereigenschaften und Willensqualitäten herauszubilden; die Kinder zu Selbständigkeit und Ordnungsliebe zu erziehen. Der Realisierung dieses Auftrages diente eine sich auf Fröbel, den eigentlichen Begründer der Kindergärten, berufende Gestaltung der pädagogischen Arbeit; ihr Grundanliegen war, dem Kind eine „Horizontenerweiterung“ anzubieten, die die familiäre Erziehung ergänzt und unterstützt – nicht ersetzt (!); dem Kind zu

helfen, seine Umwelt zu entdecken und zu erobern; seinen Weg im Leben zu finden; das Kind zu ermutigen, unabhängig zu denken und zu handeln; die Neugier des Kindes zu befördern; dem Kind zu helfen, sich in einer Vielzahl von Aktivitäten – vor allem im Spiel – darzustellen und auszudrücken; Gelegenheit zu bieten, vielfältige soziale Kontakte zu schließen; die eigene Rolle in der Gruppe wahrzunehmen und die Rollen der anderen Kinder in der Gruppe zu akzeptieren; dem Kind zu helfen, sich gezielt auf das Lernen in der Schule vorzubereiten.

In der praktischen Arbeit bestimmte das Spiel als für die Vorschulkinder typische Form der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit das tägliche Leben. Das Spielen und das gemeinsame Leben in der Gruppe mit Kindern aus ganz unterschiedlichen Elternhäusern vermittelten wichtige soziale Erfahrungen und waren darauf gerichtet, daß jedes Kind aktiviert und zu eigenen Betätigungen angeregt wird, um so seine individuellen Anlagen und Fähigkeiten bestmöglich ausprägen zu können.

Ein immer wieder betontes Anliegen war die Sorge um die gesunde Entwicklung der Kinder. Sie reichte von der gesundheitsfördernden Gestaltung des Lebens in den Kindergärten (Tages- und Wochenablauf, spezielle Angebote für Bewegungsaktivitäten, sportliche Betätigungen, frische Luft, gesunde Ernährung, Spiel und Wandern im Freien u. a.) bis zu regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen und Impfungen.

Der Vorbereitung auf das Lernen in der Schule dienten sog. Beschäftigungen, die ein- bis zweimal pro Tag mit ca. 15–20 Minuten Dauer durchgeführt wurden und deren Inhalt vor allem die Sprachentwicklung der Kinder, die Kinderliteratur, die Natur, bildnerisch-praktische und konstruktive Tätigkeiten, das Singen und die Musik, der Sport und auch die Entwicklung elementarer mathematischer Vorstellungen waren. Vor allem zwischen den Erzieherinnen der älteren Gruppe, d. h. der 5 bis 6jährigen Kinder, und den Lehrerinnen der zukünftigen ersten Klasse der Schule gab es eine enge Zusammenarbeit.

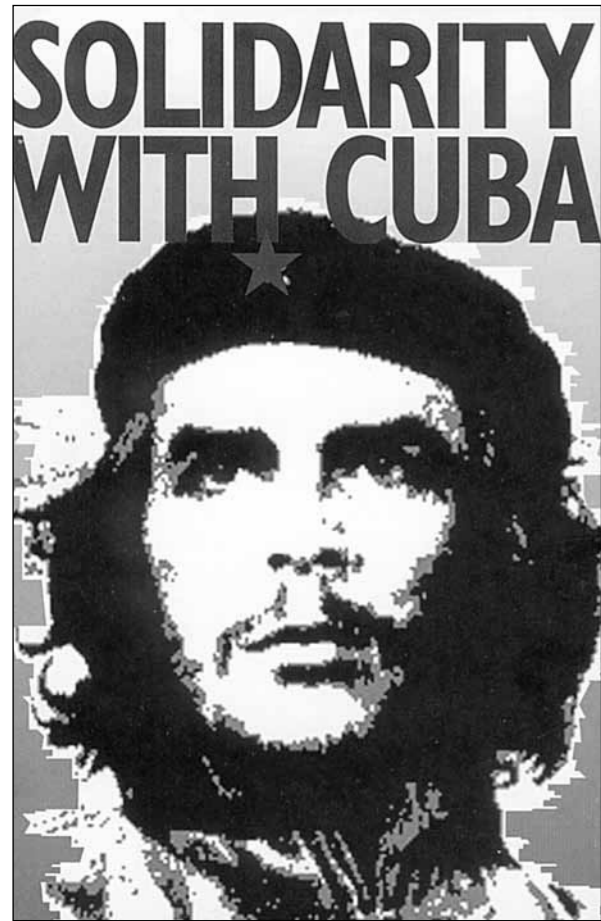
Grundlage für die gesamte pädagogische Arbeit war das „Programm für die Bildungs- und Erziehungsarbeit in Kindergärten“, erstmals 1961 erschienen und im Ergebnis der Auswertung der praktischen Erfahrungen und gründlicher wissenschaftlicher Untersuchungen 1985 überarbeitet und erweitert. Es trug Empfehlungscharakter, war also nicht obligatorisch. Außerdem gab es – individuell und in der Weiterbildung genutzte – Publikationen zu den verschiedensten Aufgabengebieten der pädagogischen Arbeit sowie eine spezielle Fachzeitschrift für die Kindergärtnerinnen.

**Prof. Dr. habil Günter Wilms**



Der Aggression gegen Kuba ein Ende setzen

## Erklärung der KP der USA



Das National Board (Politbüro) der KP der USA hat in einer Erklärung zur Verschärfung des Aggressionskurses der Bush-Administration gegen Kuba Stellung genommen. Auf Anweisung Washingtons wurden von der diplomatischen Interessenvertretung der USA in Havanna unter ihrem Leiter James Cason in letzter Zeit Millionen Dollar an konterrevolutionäre Kreise Kubas, mit deren Formierung sie seit Jahren befaßt ist, auf illegalem Wege weitergeleitet. Während die 1995 zwischen den USA und Kuba vereinbarte jährliche Einwanderungsquote von 20 000 legalen Übersiedlern pro Jahr in die USA durch die amerikanische Seite völlig ignoriert wird, unternimmt Washington alles, um Fluchten von der Insel zu ermutigen. Allein in den letzten sieben Monaten ereigneten sich sieben Geiselnahmen. Eine Fähre und ein Flugzeug mit kubanischen Passagieren, die nicht in die USA wollten, wurden gekidnappt. „Die jüngste Eskalation illegaler Aktivitäten der USA, verbunden mit der neuesten Drohung der Administration, Irak sei ‚ein gutes Lehrbeispiel für Kuba‘, haben die sozialistische Republik dazu gezwungen, im Interesse ihres Überlebens zu

handeln“, heißt es in der Erklärung der KP der USA. Wegen Verletzung von Gesetzen ihres Landes sind 75 Kubaner, die mehrheitlich mit der USA-Interessenvertretung in Havanna zusammengearbeitet hatten, festgenommen und abgeurteilt worden. Drei Kidnapper der entführten Fähre, die nichtausreisewilligen Passagieren angedroht hatten, sie zu ertränken, wurden erschossen. Die KP der USA, die die mehr als 70 in den Vereinigten Staaten im letzten Jahr erfolgten Hinrichtungen und 150 Exekutionen zu Zeiten von Texas-Gouverneur George W. Bush verurteilt habe, sei bekanntlich gegen die Todesstrafe und fordere deren weltweite Abschaffung, heißt es in der Erklärung. Jene aber, die jetzt lauthals gegen die Hinrichtung der Fähren-Kidnapper protestiert hätten, sollten sich den Hauptursachen der gegenwärtigen Krise zuwenden – der jahrzehntelangen unmoralischen Blockade und den schmutzigen Tricks gegen Kuba, dem nun mit Präventivschlägen gedroht werde. Die amerikanischen Kommunisten stünden unverbrüchlich an der Seite des kubanischen Volkes, das gewaltige ökonomische, soziale, politische und kulturelle Leistungen erbracht habe. **R. F.**

## Zum Beispiel Louisiana

Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden größer und größer – durch Vertreibung (der Ureinwohner), Besitznahme, brutale Eroberungen und ... GELD. So geschehen vor genau 200 Jahren: 1803 – juristisch fixiert im Vertrag „Louisiana Purchase“, abgeschlossen in Paris. Für umgerechnet 15 Millionen Dollar kauften die USA Frankreich seine letzte Kolonie auf amerikanischem Boden ab: Louisiana. Frankreich brauchte Geld, viel Geld für seine Kriege in Europa. Und die Vereinigten Staaten benötigten das Land, das am Weg nach Westen lag, zwischen dem Mississippi und den Rocky Mountains. Was war vorher geschehen? Vom damals schon französisch beherrschten Kanada aus waren Expeditionen (unter La Salle) 1680 ins Landesinnere aufgebrochen. Sie gelangten bis zum Mündungsgebiet des Mississippi. Zu Ehren des Königs Ludwig XIV., der dieses Land fortan „Louisiane“ nannte. Erst nach und nach besiedelten Franzosen das weite Territorium. Sie wohnten in der Nähe der Flüsse und trieben

Handel mit den Indianern. 1718 wurde Nouvelle Orleans gegründet, ein Klein-Paris am Mississippi „mit locker leichter französischer Lebensart“. Ein Dorn im Auge der pruden USA-Regierung – damals bereits – bis heute: „The Big Easy“ (Die große Leichte). Im berühmten French Quarter von New Orleans kann man sie noch erahnen. 44 Jahre nach der Stadtgründung (1762) trat Frankreich diesen schönen Ort an Spanien ab. Im Jahr 1800 kaufte es ihn zurück. Drei Jahre später war es dann endgültig aus mit dem „leichten, sündhaften Leben“: Louisiana wurde ein USA-Bundesstaat. Nicht genug: „Die USA müssen größer werden!“, hieß es damals. Und Washington vergrößerte die Fläche des Landes immer mehr. 1867 kauften die Amerikaner dem russischen Zaren Alaska ab, für ganze 7,5 Millionen Dollar. Und heute? Das Staatsgebilde USA ist „Gottes eigenes Land“ geworden. Es kauft nicht mehr, es bombt. Weltweit.

**Artur K. Führer, Bottrop**

## Hoher IQ

**Wer erinnert sich nicht an Bundespräsident Heinrich Lübkes Anrede der Honoratioren beim Staatsbesuch in einem afrikanischen Land:**

„**Meine Damen und Herren, liebe Neger!**“?

**George W. Bush, der Spitzenintellektuelle im Weißen Haus, kann es nicht schlechter. Hier eine Kostprobe, die seinen Intelligenzquotienten unter Beweis stellt:**

„**Ich glaube, wenn man weiß, was man glaubt, ist es viel einfacher, Fragen zu beantworten. Ich kann Ihre Frage nicht beantworten.**“

(Reynoldsburg, Ohio, 4. Oktober 2000)

„**Ich kenne mich aus mit dem Wachstum kleiner Unternehmen. Ich war selbst mal eines.**“

(New York Daily News, 19. Februar 2000)

„**Das Vertrauen ist riesig. Ich sehe das immer wieder, wenn die Leute auf mich zukommen und zu mir sagen: ‚Lassen Sie mich nicht noch mal im Stich!‘**“

(Boston, Massachusetts, 3. Oktober 2000)

Zu finden in: *Voll daneben, Mr. President!, Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek b. Hamburg, 2003, ISBN 3-499-61619-X1*

Linke Gegenoffensive auf dem 32. Parteitag der FKP

## Keine Versöhnung mit Versöhnern

In der April-Ausgabe der Monatszeitschrift „Initiative Communiste“ – des Organs der leninistischen Kräfte innerhalb der FKP – heißt es zum kürzlich in Saint-Denis durchgeführten 32. Kongreß der Französischen Kommunistischen Partei: „Wie jedes Mal waren die Ergebnisse im voraus bekannt: Fortsetzung des Wechsels (Mutation) und Liquidierung der FKP sowie Bestätigung ihrer Führung. Das jüngste Wahldebakel zwang die Parteispitze jedoch dazu, eine Selbstkritik zu formulieren, über deren Ernsthaftigkeit man mehr als Zweifel haben darf, und einige Blindgänger zu entfernen, um so den Versuch zu unternehmen, die Wut der Mitglieder zu entschärfen.“ Der Parteitagsausgang wird als „Pyrrhussieg der Verfechter der Mutation“ bezeichnet. Weder diese noch deren schlecht getarnte Gehilfen, die mit einer pseudokritischen „dritten Position“ aufgetreten seien, hätten einen tatsächlichen Erfolg für sich verbuchen können. Die Revolte der FKP-Mitglieder gegen den Führungskurs des als Nationalvorsitzender nicht wieder angetretenen, aber ins weitläufige Nationalkomitee gewählten Erzopportunisten Robert Hue sei so heftig gewesen, daß die Anhänger der Bewegung für die kommunistische Wiedergeburt mit der FNARC als stärkster Kraft diesmal nicht daran gehindert werden konnten, in die Kongreßdebatten aktiv einzugreifen. Im Vorfeld des Parteitags hatte sich die geringe Unterstützung für den Mutationskurs von Hue und Nationalsekretärin Marie G. Buffet – sie wurde zwar im Amt bestätigt, ging aber geschwächt aus den Beratungen in Saint-Denis hervor – deutlich gezeigt. Das von der FKP-Spitze in veränderter Version später einem Parteireferendum unterworfenen Hauptdokument „Gemeinsame Grundlage“ hatte angesichts der Mitgliederabneigung in seiner ersten Fassung zurückgezogen werden müssen. Doch auch der abgeschwächte und als Kompromiß ausgegebene Text war nur bei 16 % der FKP-Mitglieder auf Zustimmung gestoßen (55 % der Abstimmenden votierten für den Text, 70 % der Genossen nahmen gar nicht an der Parteibefragung teil!). Da andererseits die von der FNARC und weiteren linken Kräften vorgelegte und auf dem Parteitag konkurrierende Gegenresolution bei der Mitgliedschaft großes Interesse fand, konzentrierte sich der „Place du Colonel Fabien“ (dort befindet sich das Gebäude des Nationalkomitees der FKP) fortan auf das Handverlesen von Parteitagsteilnehmern. Die Föderationen der FKP wurden unter Druck gesetzt, möglichst viele führungshörige Delegierte nach Saint-Denis zu entsenden. Das verfiel sogar in einigen Hochburgen der Parteilinken, da die Masse der eingeschriebenen Kommunisten nicht zu den von ihnen als Farce empfundenen Wahlversammlungen erschien. Die Folge: Der 32. Kongreß wi-

derspiegelte in keiner Weise die politische Struktur der Mitgliedschaft. Eine Parodie auf den von M. G. Buffet laut verkündeten Pluralismus! Dennoch entsandten einige Departements und Föderationen überwiegend Vertreter der für eine „Renaissance Communiste“ eintretenden FNARC. Vor Abschluß des Parteitags wurde die „Gemeinsame Grundlage“ – der nochmals überarbeitete Text der Führung – durch die Mehrheit der rund 800 Delegierten gegen 130 Stimmen angenommen. Bei der Wahl des Nationalkomitees entschieden sich 24 % der Teilnehmer für die Streichung einzelner Kandidaten auf der als „gemeinsamer Vorschlag“ deklarierten Liste. Damit machten sie ihr Votum ungültig. Zuvor hatte die Parteitagsregie versucht, die linke Kritik an den Liquidatoren mit der

Parole „Einheit der Partei!“ moralisch zu diskreditieren und abzuwürgen. Die Vertreter der FNARC, die für den Herbst einen eigenen Kongreß ankündigte, antworteten darauf mit der Losung: „Alle gemeinsam für die revolutionäre, moderne Partei, die 1922 in Tours gegründet wurde!“ In einem Kommuniqué der Dachorganisation der französischen Leninisten heißt es: „Auf dem 32. Parteitag sind die schreienden Divergenzen vor aller Augen sichtbar geworden. Sie haben die Illusionen vermeintlicher Einheit, die mit der vom Kongreßbüro errichteten Fassade vorgespiegelt werden sollte, hinweggefegt. Heute gibt es in der FKP Menschen, die nichts miteinander gemein haben und sich angesichts des sie Trennenden politisch nicht mehr verständigen können.“ **Claude Lapidier**



Zu den angesehensten Führern der FNARC gehört der bekannte Journalist und Schriftsteller Henri Alleg (Bildmitte). Foto: „Initiative Communiste“

## Wohin steuert die CGT?

Unlängst hat im südfranzösischen Montpellier der 47. Kongreß der CGT getagt. Die größte Gewerkschaftszentrale des Landes tendiert traditionell zur FKP. Unter dem Motto, es gehe um eine neue „Verhandlungskultur“ wurden Akzente gesetzt, die auf gewisse Wandlungen schließen lassen. Offensichtlich sind im „landesweiten Generalstab“ der CGT, die Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte Frankreichs vertritt, Kräfte am Werk, die nach reformistischen Konzepten Ausschau halten. Eine gewisse Parallelität zu Vorgängen in der FKP ist kaum zu verkennen. Auch schlägt sich der Beitritt zum Europäischen Gewerkschaftsbund hier ebenso nieder wie Entwicklungen in anderen bisher linksorientierten Gewerkschaftszentralen Europas. So haben z. B. die Führer der spanischen Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras – C.C.O.O.), die früher der KP nahestanden, mehrheitlich ihre Position geändert. Im Falle der CGT spielt vermutlich auch das ehemalige FKP-Politbüromitglied Philippe Herzog, das inzwischen als Renegat die Gruppe „Confrontations“ – ein Laboratorium der Klassenzusammenarbeit

– inspiriert, eine maßgebliche Rolle. Besonders erpicht ist man in gewissen CGT-Führungskreisen auf einen substanzlosen „Dialog“ mit der Leitung der antikommunistischen Konkurrenzgewerkschaft CFDT, die innerhalb der französischen Arbeiterbewegung die Geschäfte der Bourgeoisie besorgt. „Initiative Communiste“ nannte sie einen „Transmissionsriemen des Neoliberalismus“. Zur selben Zeit, zu der man solche Töne anschlägt, werden von der CGT-Zentrale nach wie vor klassenkämpferische Forderungen bedient, weiß man doch sehr genau, wo die Mehrheit der eigenen Mitgliedschaft und ein Großteil der CGT-Einzelgewerkschaften politisch angesiedelt sind. Nur in einigen Strukturen der CGT erhalten reformistische und sogar antikommunistische Kräfte Oberwasser.

So bleibt die CGT trotz der geschilderten Tendenzen nach wie vor Frankreichs wichtigste gewerkschaftliche Dachorganisation, deren soziale Unterstützungsbasis noch immer den klassenbewußtesten Teil der Arbeiterschaft des Landes bildet.

**C. L.**





## Warum Archie nach dem Krieg ein Friedhofstrauma bekam

# Flucht aus der Mausefalle

Als Archie Ende Januar 45 mit der Mutter aus Breslau floh, war die Stadt, die heute Wrocław heißt, noch intakt. Sowjetische Flugzeuge hatten kaum Schaden verursacht, aber die Front rückte bedrohlich näher. Größere Verwüstungen hatte bisher nur die SS angerichtet – durch den Bau eines Rollfeldes mitten durch Breslau. NS-Gauleiter Hanke entkam auf diese Art in einem „Fieseler Storch“. Als einziger. Am Hauptbahnhof bot sich ein Bild des Chaos: Urväterhausrat reingestopft und weggeworfen, Koffer bis an die Decke, von ihren Eltern getrennte Kinder, verlorene Hunde, herumirrende greise Menschen, Soldaten im Rückzug. Alles hin und her wogend, einander niedertrampelnd, Bestie Mensch, ums Überleben kämpfend. Nackte Panik! Was an den Zügen draußen dranklebte, hing, saß, mußte erfrieren! Drinnen war kein Platz mehr.

Die Mutter und Archie verdankten einer Zwangsmaßnahme der Nazis ihr Entkommen. Der Vater, ein „Wehrkraftzersetzer“ hinter Stacheldraht, konnte nicht für die kleine Familie aufkommen. „Sozialhilfe“ für Angehörige von Kriegsgegnern gab es nicht. Die Mutter, früher Kontoristin, jetzt im Nazi-Büro untragbar, mußte eine „Umschulung“ zur NS-Lazarettschwester machen, wurde aber als linksverdächtig nicht eingesetzt. Inhaftiert wurde sie auch nicht, vielleicht hatte man sie vergessen. Die Rot-Kreuz-Binde auf der Schwestertracht war jetzt ihre Rettung. Diese Lazarettuniform ermöglichte beiden einen glimpflichen Ausweg. Über die Gleise stolpernd und ihre hinderlichen Koffer wegwerfend, um nicht von einem heranfauchenden Zug erfaßt zu werden, wurden sie im Dunkeln in letzter Minute in einen Güterwagen Richtung Dresden gehievt, gehoben, hineinbugsiert, wo blessierte und schwerverwundete Soldaten, Amputierte und Sterbende Betreuung und Zuspruch brauchten. Die Waggons wurden unterwegs mehrfach von Bordkanonen aus beschossen. Die Granaten durchschlugen die leichten Dächer und töteten viele von denen, die gerade noch geatmet hatten. „Die Wehrmacht ist selber schuld“, stöhnte ein arg lädiertes Flieger neben dem elfjährigen Archie, „sie hat Militärtransporte mit dem Roten Kreuz getarnt“. Es waren die letzten Worte eines Sterbenden. Plötzlich quoll Blut aus dem Mund des Mannes, und sein Blick blieb starr auf Archie geheftet.

Von Hunderten Verwundeten kamen nur ein paar Dutzend noch lebend in Dresden an. Die Mutter und ihren Sohn quartierte man notdürftig im Lazarett ein. Es ging alles drunter und drüber, Himmel und Menschen. Die Schwester wider Willen kam kaum zum Schlafen. Archie erkrankte. Nach etwa 14 Tagen, genau am 11. Februar 1945, sagte die Mutter plötzlich entschlossen: „Jetzt ist Schluß, wir müssen weg aus dieser Stadt, sie ist wie eine Mausefalle.“

Sie zog die ungeliebte Schwestertracht aus, um mit Archie aufs Land zu trecken. Das war für die beiden Halbkranken mühselig in diesen Tagen. Sehr weit kamen sie nicht. Noch vor den Toren Dresdens mußten sie mit unbeschreiblichem Entsetzen erleben, was es bedeutet, wenn eine Stadt in Schutt und Asche gelegt wird. Sie zogen dann noch kreuz und quer durch das zerstörte Land, immer auf der Suche nach irgend etwas. In der Lausitz blieben sie hängen. Flüchtlinge, das unliebsame Treibgut der Nation, vor der Kapitulation durch die Volksgenossen von Dorf zu Dorf weitergeschoben, danach von den Vertretern der Siegermächte auch nicht

geschätzt, waren die obdachlosen und hungernden Verlierer.

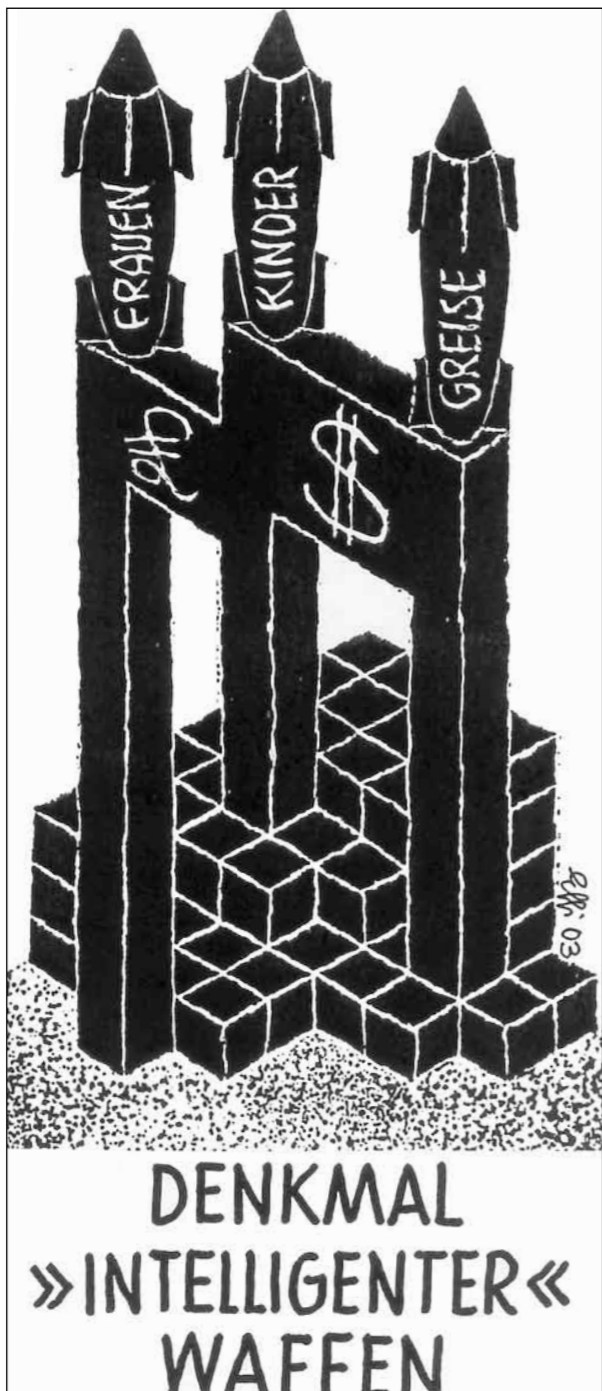
Als es wärmer wurde, schliefen die Mutter und er, nebst anderen, sogar auf Friedhöfen, um Nachstellungen zu entgehen, direkt neben Gräbern. Die Leichenhallen waren leider voll. All das belastete Archies kindliches Gemüt derart, daß er ein Psychotrauma bekam, wie später die Ärzte feststellten. Bis zu seinem 18. Lebensjahr hatte er panische Angst in der Finsternis, wurde hysterisch beim Anblick von Särgen und Friedhöfen, war nicht zu bewegen, zu einer Beerdigung zu gehen. Wenn man ihn moralisch dazu nötigte, wie beim Tod seiner geliebten Tante Hilda, fing er zum

Entsetzen aller am offenen Sarg zu lachen an. Es war ein krampfhaftes, lausiges Lachen. Seine Beziehung zu Leben und Tod war gestört. Der Glaube an Gott war ihm zwischen Auschwitz und Hiroshima abhanden gekommen. Er fand keinen Trost, weder im Himmel noch auf der Erde.

Die Zeit zwischen den Kriegen, so muß man die DDR-Jahre wohl nennen, brachte Besänftigung. Aber als dann erneut endlos lang, wie ihm schien, Bomben mitten in Europa auf Jugoslawien fielen, kam das alte Trauma wieder hoch! Und dann die täglichen Schreckensbilder eines sinnlosen Mordens in Palästina mit den dazugehörigen Vertuschungskomentaren!

So saß er einmal zergrübelt im Treptower Park, als eine Frau auf ihn zutrat, gekleidet wie eine Trümmerfrau der 50er, mit einer „Entwarnungsfrisur“ der 40er Jahre. Es war die längst verstorbene Mutter. „Nein, Söhnchen, jetzt kann ich Dir nicht mehr helfen. Du bist ein alter Mann, hast selbst erwachsene Kinder! Aber was ist mit Deinen Enkeln? Wir konnten den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern! Und Ihr protestiert schon wieder gegen einen neuen Krieg!“ Archie duckte sich unter den Worten und ächzte vor sich hin. Da war die Frau weg. Was hätte er antworten können? Die Vereinten Nationen oder das Vereinte Europa werden die Vernunft durchsetzen? Oder werden die Enkel und Urenkel eines Tages wieder auf der Flucht durch zerstörte Städte herumirren?

**Manfred Hocke**



**Grafik: Karlheinz Effenberger**

## Zwischen den Zeiten oder Der Ginkgo

# In Weimar erlebt

Die Gymnasiasten der Ernst-Moritz-Arndt-Schule waren nach Weimar evakuiert worden. Ihre Heimatstadt Barmen lag nach einem Terrorangriff in Trümmern. Im Wechsel mit Oberschülern des Wieland-Gymnasiums wurden „wir aus dem luftgefährdeten Westen“ an drei Tagen der Woche unterrichtet.

### Erinnerungen an diese Zeit nach fast 60 Jahren:

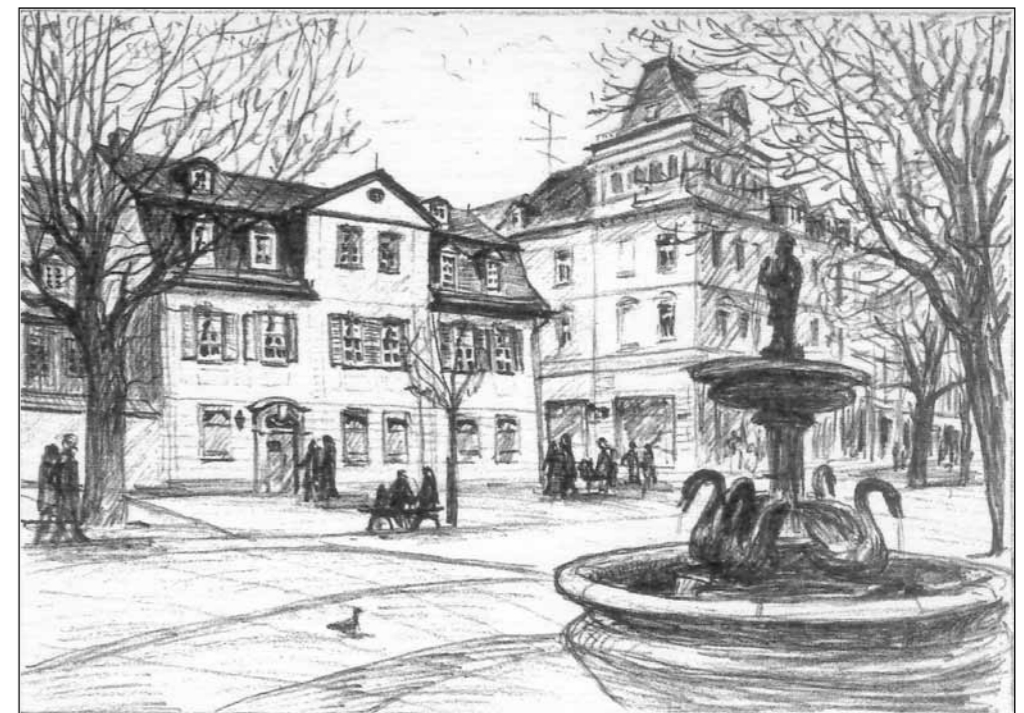
Mit Heinz-Günter wurde ich bei einer Familie, deren Sohn in Rußland vermißt war, in Vieselbach einquartiert. Wir lernten die trauernde blutjunge Schwiegertochter Hilde, Zwiebelkuchen und Thüringer Klöße kennen. Wir wurden satt in dieser Familie, die vom Endsieg überzeugt war.

Im Zimmer des Oberstudienrates stand ein Luftschutzbett, mit dem machte Heinz-Günter ungewollt Bekanntschaft, als er vom Direx eine gescheuete bekam und darüber flog, weil er ein vierzeiliges englisches Gedicht nach eigener Melodie gesungen hatte. Lieder in Feindessprache waren verboten. Ich zeigte offen meine Schadenfreude, war ich doch ein strammer Pimpf mit der Landsknechtstrommel im Fanfarenzug Vieselbach. Fräulein Horster, die Deutschlehrerin, erwischte einen Klassenkameraden, der im Unterricht heimlich las. Sie wühlte in seinem Tornister. „Kriegs-, Kolonial- und Abenteuerbücherei!“ Sie beschlagnahmte die Handvoll Zwanzig-Pfennig-Hefte. „Ich verstehe nicht, daß unsere Regierung solchen Schund erlaubt“, tobte sie. Keiner von uns verstand sie, keiner von uns konnte sie leiden. Wir mußten sie nur noch eine Woche ertragen. Der Schuldirektor machte uns dann die traurige Mitteilung, Fräulein Horster sei bei einem Bombenangriff auf Gotha durch einen Volltreffer auf das elterliche Haus umgekommen. (Nach dem Krieg tauchte sie aber wieder auf. Sie hatte Bergen-Belsen durchlitten.)

In unserer Weimarer Gegenklasse war ein Sohn des Gauleiters Sauckel. Wir fanden das Klassenbuch im unverschlossenen Klapp-Pult auf dem Lehrerpodest. Es war kein Gerücht, sondern ein offenes Geheimnis: Sauckel jun. hatte selbst in Hauptfächern meist Fünfen. Er durfte aber nicht von der Schule verwiesen werden, weil er in „Leibesübungen“ ein „Sehr gut“ nachweisen konnte. Arthur Axmann hielt in der Aula einen Vortrag. Er appellierte an unseren Stolz, uns für die 12. SS-Panzerdivision „Hitler-Jugend“ zu melden. Der Direx klatschte am heftigsten. Wir jubelten „unserem“ einarmigen Reichjugendführer zu. Wer von den Jungs wollte nicht für Führer, Volk und Vaterland kämpfen und sterben? Unsere Lehrer hatten uns doch dafür begeistert.

Der Krieg kam näher und näher. Im August 1944 gab es einen Luftangriff auf die SS-Kasernen am Konzentrationslager Buchenwald. Auf dem Ettersberg sollten Häftlinge ausgebrochen sein; wir Pimpfe suchten mit an Knüppeln aufgepflanzten Fahrtenmessern nach diesen „Volksschädlingen“, fanden aber nur ein paar Krater von verirrtten Bomben auf freiem Feld. Von da an holte uns der Krieg, vor dem man uns in „Sicherheit“ gebracht hatte, immer öfter ein. Tiefflieger beharkten unseren Personenzug nach Vieselbach mehr als einmal. An einem Vormittag heulten die

eine Städtetour durch die Deutsche Demokratische Republik. Auf dem Markt in Weimar, vorm Hotel „Elephant“, warten wir auf den Stadtführer, der sich gewaltig verspätet. Ich zeige meiner Frau, was damals alles brannte, erzähle, daß ich Monate vorher in der Zeitung die Lüge gelesen hätte, der „Kommunistenführer“ Ernst Thälmann und der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid seien durch feindliche Bomben umgekommen. Ein Trupp rüstiger Rentner unterhält sich neben uns angeregt über Hitlers Rede auf diesem Platz; ein Beinamputierter weiß sogar noch die Jah-



**Weimar, Schillerhaus**

**Grafik: Arno Fleischer**

Sirenen Voralarm. Wir stürmten aus dem Schulgebäude, Hauptsache: schulfrei. Trotz Kondensstreifen am blauen Winterhimmel schlenderte ich gelassen allein in Richtung der Parkhöhle an der Ilm, gegenüber Goethes Gartenhaus. Die letzten Meter rannte ich, denn ich kannte das Zischen fallender Sprengbomben. Wir zitterten in dem Stollen mit dem Erbeben der Erde durch die Explosionen. Nach überstandener Angst aus dem Stollen rausgelassen, schlenderte ich wieder. Diesmal durch das brennende Weimar, über den Markt mit lodernen Häusern. Auch aus dem Nationaltheater schlugen Flammen. Die Ziegelmauer, als Schutz vor Bombensplittern um das Goethe- und Schiller-Denkmal herum, war nicht beschädigt. Aus unserer Schule stieg Feuerrauch – da kam aber keine Freude auf. Das geschah in den Monaten des nahen Kriegsendes. Außer Weimar wurden auch andere „kriegswichtige“ Städte wie Würzburg, Pforzheim, Dresden und deren Kulturstätten bombardiert. Fast 40 Jahre später unternehmen wir als Bundesbürger mit einer Reisegesellschaft

reszahl. „Ja, der stand auf dem Balkon vom ‚Elephant‘ und hat ...“ „Sind wir doch mal ehrlich: Wir haben doch alle ‚ja‘ geschrien, nicht nur die in Berlin ...“ Und da ist auch schon die unvermeidliche Autobahn, die „Hitler gebaut“ hat.

Mir schwillt der Kamm. Bevor ich losplatze, zapft die Reiseleiterin an meinem Ärmel. „Nicht aufregen“, flüstert sie, „mit solchen kann man nicht diskutieren. Kommen Sie, ich zeig Ihnen etwas.“ Wir laufen um ein paar Ecken. „Hier ist das Haus der Frau von Stein. Nun raten Sie einmal, wer diesen Baum schon gesehen hat?“ „Goethe“, sage ich aufs Geratewohl, und meine Frau behauptet: „Ginkgo“. „Beides richtig“, sagt die Reiseleiterin, und ich stehe wie der Ochs am Berg, kenne keinen Herrn Ginkgo. Ich hebe ein Blatt mit der ungewöhnlichen Form auf, schüttele den Kopf. „Nie gesehen.“ Meine Frau sammelt die Blätter vom Trottoir. Man winkt und ruft uns. Der Stadterklärer ist da. Wir meiden die Gesellschaft der Herren „Spätheimkehrer“.

**Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen**









Profit in Sicht!

Grafik: Klaus Parche

Der Marx-Engels-Club der DKP Berlin lädt für Mittwoch, den 11. Juni 2003, um 19.00 Uhr, zu einer Veranstaltung mit

- Dr. Kurt Gossweiler
- und Walter Florath ein.

Sie findet im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz statt.

Thema:

**Volksaufstand oder Konterrevolution? Erlebnisse am 17. Juni 1953**

Die Berliner Regionalgruppe lädt für Dienstag, den 27. Juni 2003, um 16.30 Uhr, in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität Torstraße 203–205, herzlich ein.

## Was geschah am 17. Juni 1953?

Es spricht Hans Bentzien, ehemaliger Kulturminister, Intendant des Fernsehens der DDR, Historiker und Autor.

Stuhlgeld: 1 Euro

Eine „RotFuchs“-Reise aus Anlaß des

## Jahrestages der Oktoberrevolution

nach Moskau?

Besuch des Lenin-Mausoleums, anderer Gedenkstätten und Treffen mit russischen Kommunisten?

Diesen Vorschlag unterbreiteten RF-Leser dem Berliner Reisebüro **tuk**. Fänden sich genügend Interessenten, wäre es bereit, die Fahrt auszurichten.

Meldungen bitte an

Frank Bochow

**Touristik und Kontakte tuk**

Danziger Straße 161–163

10407 Berlin

Telefon 030/4233330

Fax 030/4233322

## I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

**Herausgeber:**  
RotFuchs-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
Tel. 030/5613404, Fax 030/56493965  
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

**E-Mail-Adresse:** rotfuchs.berlin@t-online.de  
Redaktionsschluß ist jeweils der 25. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Böhler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Bernd Fischer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Werner Hoppe  
Prof. Dr. Ulrich Huar  
Dieter Itzerott

Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Wolfgang Metzger  
Dr. Annemarie Mühlefeldt  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Paulig  
Prof. Dr. Werner Roß  
Rainer Rupp  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Fritz Teppich  
Herbert Thomas  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Prof. Dr. Ingo Wagner  
Stefan Warynski (Warschau)

**Künstlerische Mitarbeit:**  
Karlheinz Effenberger  
Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
Klaus Parche  
SHAHAR

**Internet-Redakteurin:**  
Iris Rudolph

**Webmaster der Vereinsseite:**  
Dr. Hartwig Strohschein  
**Versand und Vertrieb:**  
Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/6545634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens,  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,  
Sylvia Feldbinder  
Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs  
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220160759